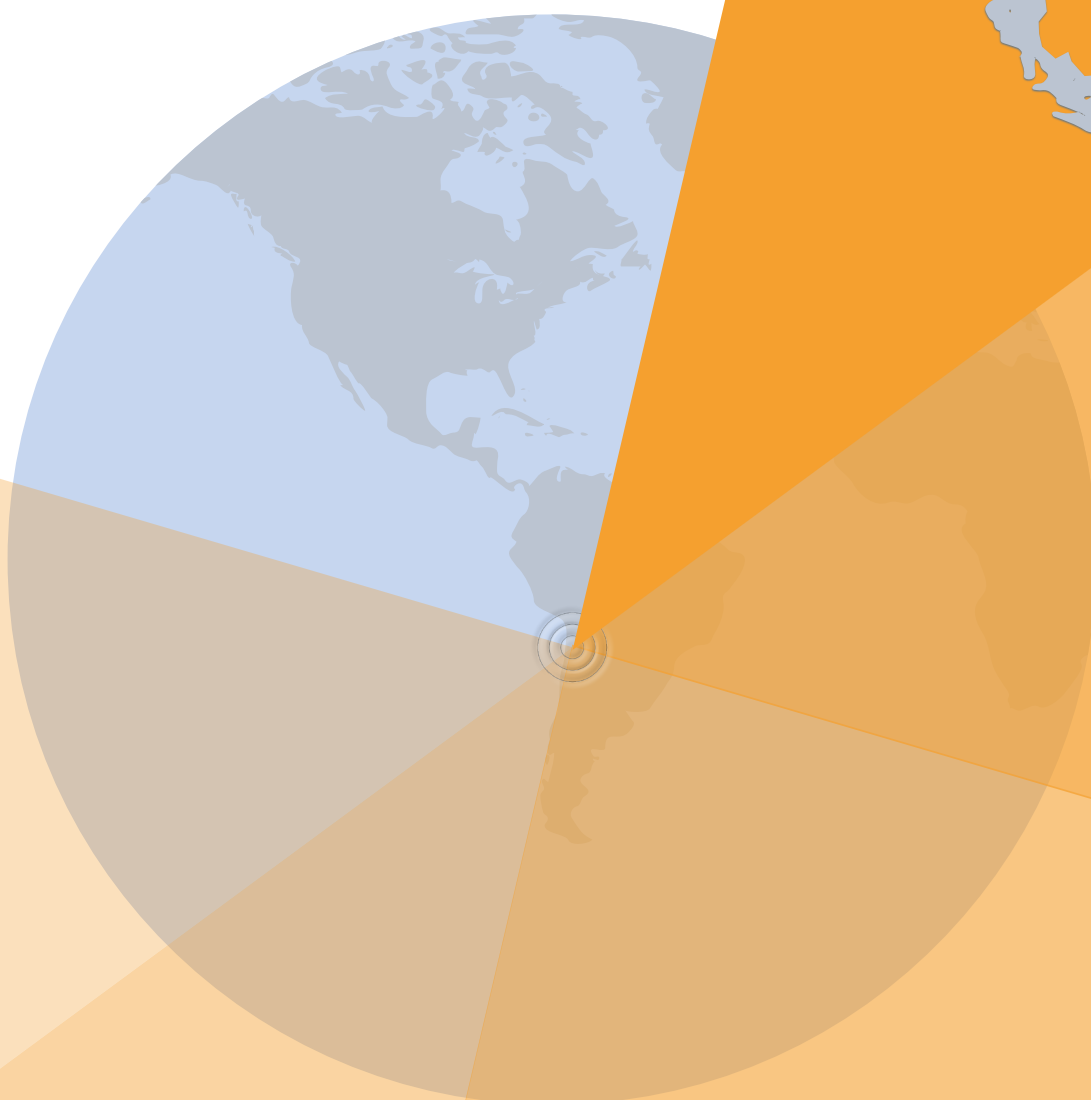


Chile

Länderinformationen zu den Europäischen
Kriterien für Rüstungsexporte



INHALT

ZUSAMMENFASSUNG	2
------------------------	----------

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor	4
Deutsche Rüstungsexporte	4
Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland	8
Militärausgaben	10
Lokale Rüstungsindustrie	11
Streitkräftestruktur	12
Bewaffnung der Streitkräfte	14
Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft	18
Polizei und andere Sicherheitskräfte	19

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts	22
Einhaltung internationaler Verpflichtungen	22
Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	23
Innere Lage im Empfängerland	27
Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	29
Bedrohung von Alliierten	31
Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	31
Unerlaubte Wiederausfuhr	34
Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes	34

ZUSAMMENFASSUNG

Sicherheitssektor in Chile

Chile ist traditionell ein wichtiges Empfängerland deutscher Rüstungsgüter. In den letzten zwanzig Jahren betragen die deutschen Rüstungsexporte nach Chile durchschnittlich zweistellige Millionenbeträge. Geliefert wurden vor allem Panzer und gepanzerte Fahrzeuge sowie Hochseepatrouillenboote. Immer wieder wurden in der Vergangenheit jedoch auch Ausföhren verweigert, zumeist mit Verweis auf das „Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland“ bzw. der „Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen“. Neben Deutschland, welches an dritter Stelle unter den Exportnationen steht, sind auch das Vereinigte Königreich, Australien und die USA wichtige Lieferanten von Großwaffensystemen.

Chile selbst verfügt über eine eigene rüstungsindustrielle Basis, welche zum großen Teil aus staatlichen Betrieben besteht. Sie produziert überwiegend in Lizenz und für den Bedarf der eigenen Sicherheitskräfte und deckt alle Sparten der Streitkräfte ab. In Bezug auf Forschung und Entwicklung sind die Kapazitäten jedoch begrenzt. Als Exportnation ist Chile bisher kaum in Erscheinung getreten.

Das chilenische Militär umfasst insgesamt 68.500 Soldat:innen. Dabei entfallen 37.650 Soldat:innen auf das Heer, 19.800 Soldat:innen auf die Marine und 11.050 Soldat:innen auf die Luftwaffe. Zusätzlich sind 19.100 Reservist:innen dem Heer zugeordnet. Das Land unternahm in den vergangenen Jahren verstärkt Bemühungen, NATO-Standards zu erreichen. Derzeit zählen die chilenischen Streitkräfte in Südamerika zu den fähigsten Streitkräften und verfügen über eine gute Ausrüstung.

Chilenische Soldat:innen sind derzeit im Rahmen der europäischen „Operation Althea“ in Bosnien und Herzegowina und im Zuge der UN-Missionen UNFICYP (United Nations Peacekeeping Force in Cyprus) auf Zypern UNTSO (United Nations Truce Supervision Organization) im Mittleren Osten im Einsatz.

Historisch bedingt ist das Verhältnis zwischen Militär und Sicherheitskräften und der breiteren Bevölkerung durchaus ambivalent. So waren das Militär, und einige Polizeieinheiten – allen voran die Carabineros de Chile – maßgeblich an der Repression der politischen Opposition zu Zeiten der Militärdiktatur (1973-1988) beteiligt. Die Aufarbeitung der Vergangenheit und die strafrechtliche Verfolgung der diversen Menschenrechtsverbrechen gestalteten sich ob personeller Kontinuitäten und einer unter Pinochet erlassenen Amnestie auch nach der Transition schwierig. Allgemein werden Chile unter den jüngeren Demokratien in Hinblick auf die zivile Kontrolle des Militärs recht gute Noten ausgestellt. Einzig das militärische Beschaffungswesen unterliegt kaum der zivilen bzw. parlamentarischen Kontrolle. Darüber hinaus bleibt das Verhältnis zwischen Militär und Bevölkerung belastet: So gaben 2018 nur 49 Prozent der Chilen:innen an, dem Militär zu vertrauen. Unter Nutzung der Notstandsregelungen setzte im Jahr 2019 der damalige Präsident Sebastián Piñera neben den Carabineros auch das Militär ein, um Proteste wegen Fahrpreiserhöhungen niederzuschlagen, was zu einer sehr hohen Zahl an Verletzten führte.

Im Gegensatz zur Wahrnehmung der Armee, änderte sich in den letzten Jahren angesichts sehr hoher kriminalitäts- und insbesondere Mordraten jedoch das Image der Polizei bzw. der Carabineros. Wurden insbesondere letztere in der Vergangenheit oft als Repressionsorgan wahrgenommen, sind sie heute mehrheitlich als legitimes Sicherheitsorgan anerkannt und erreichen gute Zustimmungswerte von der Bevölkerung.

Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts der Europäischen Union

Der Weltbank zufolge gehört Chile mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 15.360 US-Dollar (2022) zu den Ländern mit einem hohen Einkommen („high income economies“). Auf dem Global Competitiveness Index 2019 belegte Chile Rang 33 von 141 Staaten. Chile weist konstante Human Development Index-Werte auf, die dem Land eine „sehr hohe menschliche Entwicklung“ attestieren. Aktuell stellen die Militärausgaben kein großes Risiko zur Beeinträchtigung der Entwicklung des Landes dar.

Besorgniserregend ist jedoch die zunehmende innergesellschaftliche Spaltung ob der ungleichen Verteilung des Wohlstandes. So kam es 2011 zu einer Protestwelle im Land, welche eine kostenfreie höhere Bildung und eine tiefgreifende Reform des Bildungssektors forderten. Im Oktober 2019 brachen erneut soziale Unruhen aus, nachdem die Ticketpreise des Santiago Metrosystems erhöht wurden. Bedingt durch die steigende Ungleichheit nimmt in Chile auch die Zufriedenheit mit dem demokratischen System und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen stetig ab. Die Unzufriedenheit wuchs auch im Rahmen der COVID-19-Pandemie, von der Chile hart getroffen wurde. Zusätzlich bestehen in der südlich gelegenen Region Araucanía Spannungen zwischen dem chilenischen Staat und Teilen des indigenen Volkes der Mapuche. Letztere versuchen, Landansprüche und Forderungen nach politischer Autonomie geltend zu machen. Hier kommt es seit Jahrzehnten immer wieder zu Landbesetzung, Brandanschläge und Straßenblockaden.

Obwohl Chile allen wesentlichen Menschenrechtsabkommen beigetreten ist, leiden insbesondere Migrant:innen und Frauen unter einer unzureichenden Umsetzungspraxis. So ist zwar irreguläre Einreise nach Chile kein Verbrechen, gesetzlich dürfen Migrant:innen und Geflüchtete allerdings unmittelbar nach dem Übertreten der Grenze oder beim Versuch des Grenzübertritts vertrieben werden. Unter der Regierung von Sebastian Piñera (2018-2022) wurden Migrant:innen, die bereits in Chile lebten, kollektiv abgeschoben. Auch in Bezug auf geschlechtsspezifische Gewalt hat Chile ein signifikantes Problem. So kam es zwischen Januar und September 2022 zu mindestens 29 Femiziden.

In der Region gilt Chile weithin als einer der stabilsten Staaten. Das Land befindet sich jedoch in einem Umfeld, welches in warnendem (Bolivien und Peru sowie Brasilien, Paraguay, Suriname, Guyana, Ecuador und Kolumbien) bzw. im alarmierenden Maße (Venezuela) von staatlicher Fragilität betroffen ist. Leidglich Chile und Uruguay weisen in der Region, die zudem von ungelösten Grenzstreitigkeiten gekennzeichnet ist, ein relativ hohes Maß an Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit auf.

Chile ist allen wesentlichen internationalen Abkommen zur Terrorismusabwehr und -bekämpfung beigetreten. Das Terrorismuspotenzial in Chile ist grundsätzlich gering.

Mit Ausnahme des Meeresboden-Vertrages von 1972 ist Chile überdies allen wesentlichen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. Gegen das Land ist weder von Seiten der Europäischen Union noch den Vereinten Nationen ein Waffenembargo verhängt.

Die Gewährleistung des Endverbleibs ist in Chile jedoch als problematisch zu betrachten. Zum einen wurden in der Vergangenheit Waffen bewusst illegal wieder ausgeführt und dabei auch teilweise gegen UN-Embargos verstoßen, zum anderen werden immer wieder Waffen aus den Beständen der nationalen Polizei und Armee entwendet. Generell ist die Korruption innerhalb der Armee hoch. Zudem kommt es regelmäßig zum Diebstahl bzw. zur Abzweigung von Waffen aus staatlichen Arsenalen, welche besorgniserregende Maße annimmt: So wurden zwischen 2010 und 2016 8.449 Waffen entwendet.

Teil I: Informationen zum Sicherheitssektor

Deutsche Rüstungsexporte

Tabelle 1

Deutsche Rüstungsexporte nach Außenwirtschaftsgesetz, 2002-2022 (in Millionen Euro)

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2002	Schiffsnavigationssysteme, Teile für U-Boote, Sonaranlagen, Echolotanlagen und Schiffsnavigationssysteme: 42,7 % Bergepanzer, LKW, Teile für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge: 33,2 % Nebelwurfkörper, Teile für Torpedos und Täuschkörper-Wurfanlagen: 6,7 %	18,6
2003	Teile für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge: 34,4 % Nebelwurfkörper und Teile für Torpedos: 24,3 % Ladestation für Torpedo-Übungsbatterien: 11,2 % Wartungs- und Instandsetzungs-ausrüstung für Panzer, Komponenten für Tarnfarben und Teile für Tauchgeräte: 9,3 % Munition für Jagd- und Sportwaffen und Munitionsteile für Jagd- und Sportwaffen und Mörser: 7,3 %	7,7
2004	Teile für Panzer und gepanzerte Fahrzeuge: 37,7 % Maschinenkanonen und Teile für Maschinenkanonen, Nebelwerfer und Pyrotechnische Werfer: 32,9 % Nebelwurfkörper und Bauteile für Torpedos: 6,6 % Teile für Funkgeräte und Radarsysteme: 6,4 % Ballistische Messanlagen: 4,2 %	2,4
2005	Pionierpanzer, Brückenlegepanzer, Minenräumpanzer, Brückentransportpanzer, LKW, Sattelzugmaschinen und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, Radpanzer, gepanzerte Fahrzeuge: 76,1 % Fertigungsunterlagen für Mörserzünder, Technische Unterlagen für Panzer, für Patrouillenboote und Torpedo-Übungsbatterien: 8,0 %	16,0
2006	Panzer, Fahrschulpanzer und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge: 71,7 % Geschwindigkeitsmessanlagen und Sonderwerkzeuge: 10,1 %	88,8
2007	LKW und Teile für Panzerhaubitzen, Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, fahrendes Bohrgerät: 28,8 % Geschwindigkeitsmesssystem, Sonderwerkzeuge, Sonderbetriebsmittel und Umweltprüfgeräte: 25,5 % Panzerbildungsgeräte: 16,6 % Maschinengewehre, Pistolen, Sportpistolen, Waffenzielgeräte und Teile für Sportpistolen: 11,4 %	2,0
2008	Teile für U-Boote und Sonaranlagen: 49,4 % Schützenpanzer, gepanzerte Krankenfahrzeuge, Minenräumgeräte und Teile für selbstfahrende Bohrgeräte, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 22,2 % Kanonenmunition und Teile für Haubitzenmunition: 19,2 %	12,2
2009	Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge, LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Landfahrzeuge: 91,8 %	72,4

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2010	Bergepanzer und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge: 77,3 % Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Echolotanlagen: 18,1 %	16,9
2011	LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumgeräte: 34,3 % Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Wanderfeldröhren, Stromversorgungen und Teile für Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung, Prüfausrüstung: 15,7 % Munition für Kanonen und Granatmaschinenwaffen: 15,2 % Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 13,4 % Waffensimulator und Teile für Flugsimulator, Waffensimulator: 10,8 %	26,6
2012	LKW und Teile für Panzer, gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Minenräumgeräte, Landfahrzeuge: 44,9 % Flugkörper, Ausrüstung für Bodenstationen und Teile für Torpedos, Flugkörper, Bodenstationen: 20,8 % Teile für U-Boote, Patrouillenboote und Echolotanlagen: 20,7 %	25,5
2013	Kommunikationsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung, Stromversorgungen: 40,5 % LKW und Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, Minenräumgeräte, LKW: 27,6 % Ausbildungsausrüstung, Fahrsimulator und Teile für Ausbildungsausrüstung, Fahrsimulator: 16,5 %	22,4
2014	LKW u. Teile für Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 42,8 % Teile für U-Boote und Unterwasserortungsgeräte: 36,3 % Maschinengewehre, Revolver, Pistolen, Jagdgewehre, Mündungsfeuerbremsen und Teile für Maschinengewehre, Revolver, Pistolen, Jagdgewehre, Rohrwaffen-Lafetten: 9,6 %	12,5
2015	Teile f. Panzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge u. Transportpanzer: 48,5 % Echolotanlage und Teile für U-Boote, Fregatten, Patrouillenboote, Unterwasserortungsgeräte: 43,0 %	22,9
2016	LKW und Teile für Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge, LKW, Minenräum-ausrüstung: 90,6 %	43,3
2017	Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Fregatte, Patrouillenboote, Kampfschiffe, Unterwasserortungsgeräte: 47,6 % IFF-System, Kommunikationsausrüstung, Navigationsausrüstung und Teile für IFF-System, Kommunikationsausrüstung und Navigationsausrüstung: 30,2 % Mobilkran und Teile für Kampfpanzer, gepanzerte Fahrzeuge, LKW: 6,7 %	8,5
2018	Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Rohrwaffenrichtgeräte, Zielzuordnungssysteme, Zielentfernungsmesssysteme: 66,2 % Teile für Kampfpanzer und gepanzerte Fahrzeuge: 23,9 %	24,0
2019	Teile für U-Boote, Fregatten, Kampfschiffe, U-Boot-Dieselmotoren und Unterwasserortungsgeräte: 68,3 % Teile für Kampfpanzer, Panzerhaubitzen, gepanzerte Fahrzeuge u. LKW: 11,9 %	27,3
2020	Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme, Justierausrüstung und Teile für Feuerleiteinrichtungen, Zielentfernungsmesssysteme: 52,3 % Schiffskörperdurchführungen und Teile für U-Boote, Kampfschiffe, U-Boot-Dieselmotoren, Unterwasserortungsgeräte	12,1

Jahr	Güter / in Prozent des Gesamtwertes	Gesamtwert
2021	Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Kampfpanzer und Panzerhaubitzen: 53,3 % Teile für U-Boote und U-Boot-Dieselmotoren: 28,9 %	13,3
2022	LKW und Teile für gepanzerte Fahrzeuge, Kampfpanzer, Panzerhaubitzen: 54,8% Kommunikationsausrüstung, Verschlüsselungsausrüstung und Teile für Kommunikationsausrüstung: 28,3%	12,47

Quelle: Rüstungsexportberichte der Bundesregierung 2002-2022, verfügbar auf der Website des Bundesministeriums für Wirtschaft und Klimaschutz <https://www.bmwk.de>

Schaubild 1

Deutsche Rüstungsexporte, 2002–2022

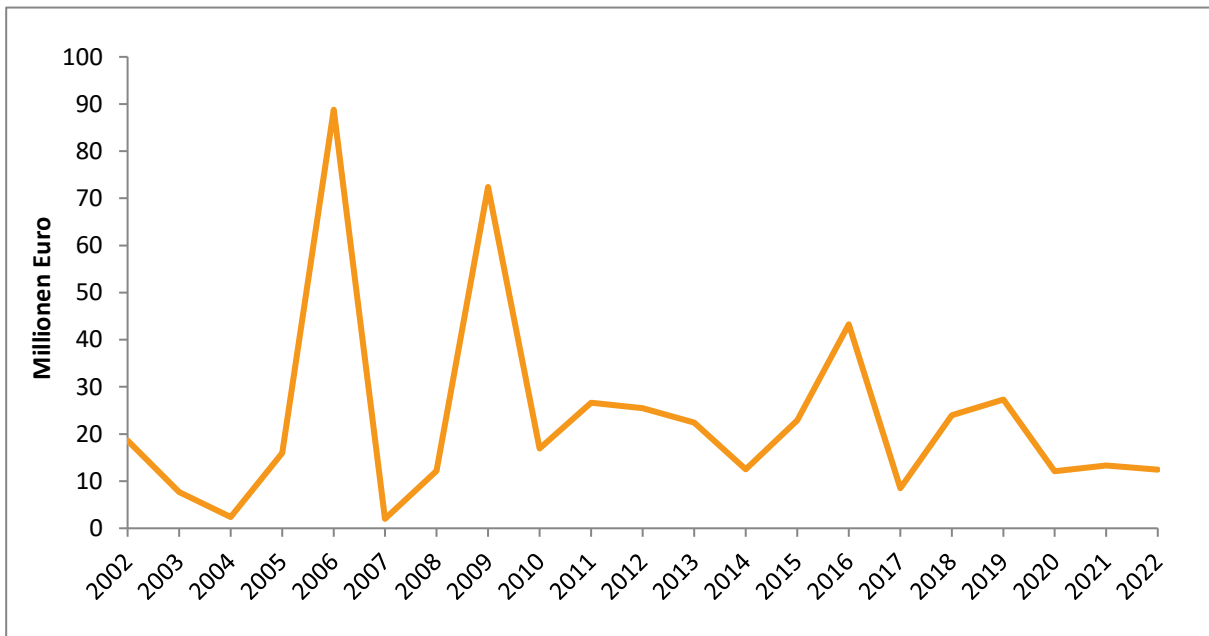


Tabelle 2

Auszug aus dem Waffenhandelsregister von SIPRI, Lieferungen aus Deutschland nach Chile 2002-2023

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
8	MTU-396	Dieselmotor	1997	2005-2006	8	Neuwertig
2	OPV-80	Hochseepatrouillenboot	2005	2008-2009	2	Neuwertig
(172)	Leopard-2A4	Panzer	2006	2007-2009	(172)	Gebraucht
(120)	Marder-1A3	Schützenpanzer	2008	2009-2010	(120)	Gebraucht, modernisiert

Anzahl	Bezeichnung	Waffenkategorie	Bestell-Jahr	Liefer-Jahre	Bisher geliefert	Status
(10)	BPz-2	Bergepanzer	2009	2011-2012	10	Gebraucht
(24)	M-113	Gepanzerter Mannschaftstransporter	2009	2011-2012	(24)	Gebraucht
(146)	Marder-1A3	Schützenpanzer	(2009)	2010-2011	(146)	Gebraucht
6	PiPz-2 Dachs	Pionierpanzer	2009	2012	(6)	Gebraucht
1	OPV-80	Hochseepatrouillenboot	2011	2014	1	Neuwertig
1	OPV-80	Hochseepatrouillenboot	2015	2017	1	Neuwertig
3	TRS-4D	Multifunktionsradar	2017	2019-2021	3	Neuwertig

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/trade_register.php

Kommentar

Chile ist regelmäßig Empfängerland deutscher Rüstungsgüter. Den Rüstungsexportberichten der Bundesregierung zufolge belaufen sich die deutschen Rüstungsexporte nach Chile in den letzten zwanzig Jahren durchschnittlich auf zweistellige Millionenbeträge. In den letzten zwanzig Jahren erreichten die deutschen Rüstungsexporte 2006 mit rund 88,8 Millionen Euro ihren Höhepunkt. Damals bestellte Chile dem schwedischen Friedens- und Konfliktforschungsinstitut SIPRI zufolge 172 deutsche Leopard-2A4 Panzer. Im Jahr 2009 waren die deutschen Rüstungsexporte mit 72,4 Millionen Euro erneut vergleichsweise hoch. Laut SIPRI Trade Register empfing Chile hier deutsche Bergepanzer, Schützenpanzer, Pionierpanzer und gepanzerte Mannschaftstransporter. In den letzten zehn Jahren wurde 2016 mit 43,3 Millionen Euro ein Höchstwert erreicht. Diese kamen durch die Ausfuhr von LKWs und dazugehörigen Teile, Teilen für gepanzerte Fahrzeuge und Kampfpanzer sowie für Minenräumausrüstung zustande.

Deutschland lieferte in der Vergangenheit überwiegend Teile für U-Boote und andere Schiffe, Sonar- und Echolotanlagen, Teile für Panzer, Panzerhaubitzen sowie gepanzerte Fahrzeuge (wie etwa Kampf-, Berge-, Minenräum- oder Pionierpanzer), LKWs, Waffen, (wie Maschinenkanonen, Maschinengewehre, Pistolen, Revolver sowie Jagdgewehre), Munition und Ausrüstung (Kommunikations-, Navigations-, Prüf-, Ausbildungs-, Minenräumausrüstung) nach Chile. Darüber hinaus wurden in den letzten zwanzig Jahren insgesamt vier deutsche Hochseepatrouillenboote (OPV-80) in Chile in Lizenz produziert, welche von der deutschen Fassmer GmbH & Co. KG entwickelt wurden.

Deutschland hat in der Vergangenheit jedoch auch regelmäßig Ausfuhren von Rüstungsgütern nach Chile abgelehnt; so geschehen in zehn der letzten zwanzig Jahre. Dies erfolgte entweder ohne Verweis auf einen Grund (2002, 2005, 2010 und 2017), mit dem Hinweis auf einen möglichen Verstoß gegen die Feuerwaffen-Verordnung (2015), mit einem Verweis auf die nationale Politik Chiles (2020), am häufigsten jedoch mit Verweis auf einen möglichen Verstoß Chiles gegen Kriterium 7 („Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland“) des Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union: So lehnte Deutschland 2006, 2007, 2011, 2012, 2015, 2018 und 2020 einzelne Ausfuhren von

Rüstungsgütern nach Chile mit Verweis auf dieses Kriterium ab. Vom Wert lagen diese abgelehnten Ausfuhren jedoch, in Vergleich zu den bewilligten Ausfuhren, in sehr niedrigen Bereichen (zwischen 3.500 Euro und 18.350 Euro).

Bedeutung deutscher Großwaffensysteme für das Empfängerland

Tabelle 3

Höhe der Exporte von Großwaffensystemen nach Chile 2019-2023, Mio. TIV¹

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	33	295	57	207	9	601

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

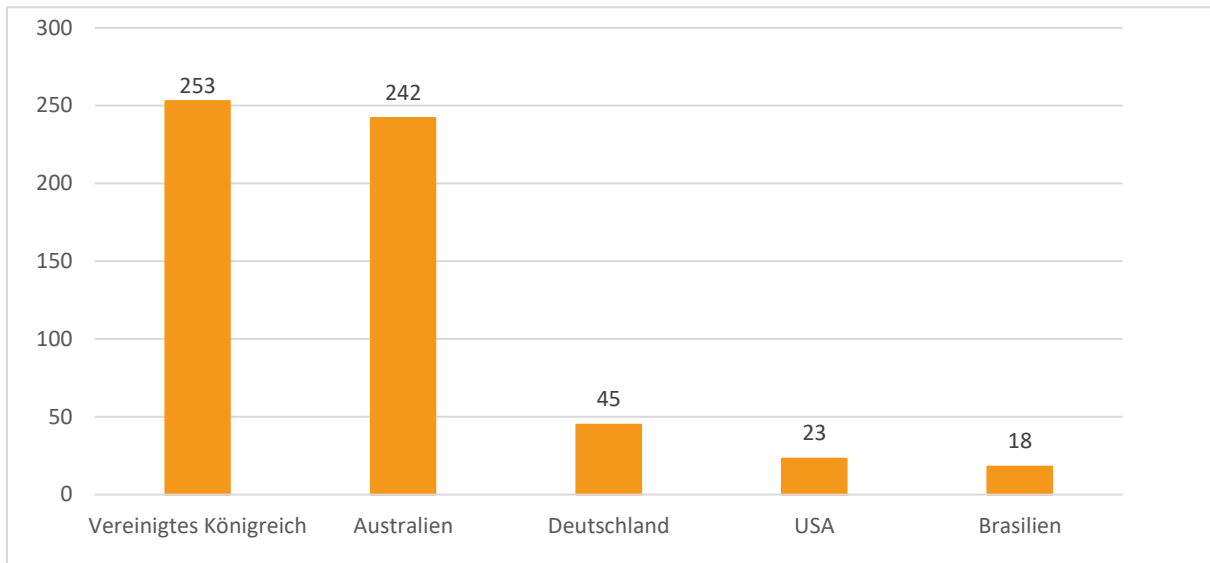
Tabelle 4

Deutsche Exporte von Großwaffensystemen nach Chile 2019-2023, Mio. TIV

Jahr	2019	2020	2021	2022	2023	2019-2023
Summe	15	15	15	-	-	45

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database: <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

¹ SIPRI gibt die Werte als sogenannten Trend Indicator Value (TIV) an. Der TIV basiert auf den bekannten Produktionskosten für bestimmte Waffensysteme und bildet den militärischen Wert in einer eigenen hypothetischen Einheit ab. So werden etwa Wertverluste bei älteren und gebrauchten Geräten berücksichtigt. Der TIV bildet damit eher den militärischen als den finanziellen Wert wieder. Weiterführend, siehe SIPRI, Arms Transfers Database, abrufbar unter: <https://sipri.org/databases/armstransfers/sources-and-methods#TIV-tables>

Schaubild 2**Wichtigste Lieferanten von Großwaffensystemen 2019-2023, Mio. TIV**

Quelle: SIPRI Arms Transfers Database, <https://armstrade.sipri.org/armstrade/page/values.php>

Kommentar zu den Waffenkäufen

Im Zeitraum 2019 bis 2023 rangierte Chile unter den Rüstungsimporteuren weltweit an 45. Stelle. Besonders 2020 und 2022 waren die Importe von Großwaffensystemen hoch. In diesen Jahren bezog es Großwaffensysteme im Wert von 242 Millionen TIV aus Australien (2020) und Großwaffensysteme im Wert von 253 Millionen TIV aus dem Vereinigten Königreich (2022).

Der wichtigste Exporteur nach Chile in den letzten fünf Jahren war demnach das Vereinigte Königreich, dicht gefolgt von Australien. Aus dem Vereinigten Königreich orderte Chile 2021 zwei ausgemusterte, luftgestützte E-3A Sentry Frühwarnflugzeuge sowie ein weiteres desselben Typs als Ersatzteilspender. Diese wurden 2022 ausgeliefert. Das Vereinigte Königreich exportierte zwischen 2019 und 2021 außerdem 150 Flugabwehrraketen für Chiles modernisierte Typ-23 Fregatten.

Aus Australien kaufte Chile 2019 zwei ausgemusterte Perry Fregatten, die 2020 geliefert wurden. Ferner bezog Chile im Jahr 2020 16 australische Flugabwehrraketen, mit denen die bereits erwähnten Fregatten der Perry Klasse bestückt werden sollen.

Im Zeitraum von 2019 bis 2023 rangierte Deutschland auf Platz drei unter den größten Exporteuren nach Chile. Zwischen 2019 und 2021 wurden jeweils Großwaffensysteme im Wert von 15 Mio. TIV nach Chile exportiert, welche sich ausnahmslos drei deutschen TRS-4D Multifunktionsradaren zur Modernisierung von drei Typ-23 Fregatten zuordnen lassen (Lieferung zwischen 2019 und 2021).

Mit einem Exportvolumen von 23 Millionen TIV waren die USA viertwichtigster Lieferant von Großwaffensystem in den letzten fünf Jahren. Chile importierte aus den USA 2018 sechs S-70 Black Hawk Transporthubschrauber, die bereits 2016 geordert worden waren. Im Jahr 2018 bestellte Chile zudem 44 US-amerikanische Lenkbomben, die 2019 ausgeliefert wurden; 2019 orderte es zwei ausgemusterte C-130H Hercules Transportflugzeuge, die es 2021 in Empfang genommen wurden.

Brasilien, welches der fünftgrößte Exporteur von Großwaffensystemen nach Chile war, exportierte in den letzten fünf Jahren insgesamt zehn EMB-314 Super Tucano Trainingsflugzeuge.

Betrachtet man die letzten zwanzig Jahre, so wird ersichtlich, dass Deutschland traditionell ein wichtiger Lieferant von Großwaffensystemen für Chile ist. Zwischen 2008 und 2010 wurden aus Deutschland jeweils im dreistelligen Millionenbereich Großwaffensysteme nach Chile exportiert. Geliefert wurden in diesem Zeitraum zwei Hochseepatrouillenboote, 172 gebrauchte Leopard-2A4 Kampfpanzer sowie insgesamt 266 ausgemusterte und teilweise modernisierte Marder-1A3 Schützenpanzer.

Militärausgaben

Tabelle 5

Absolute Militärausgaben und Anteil am BIP

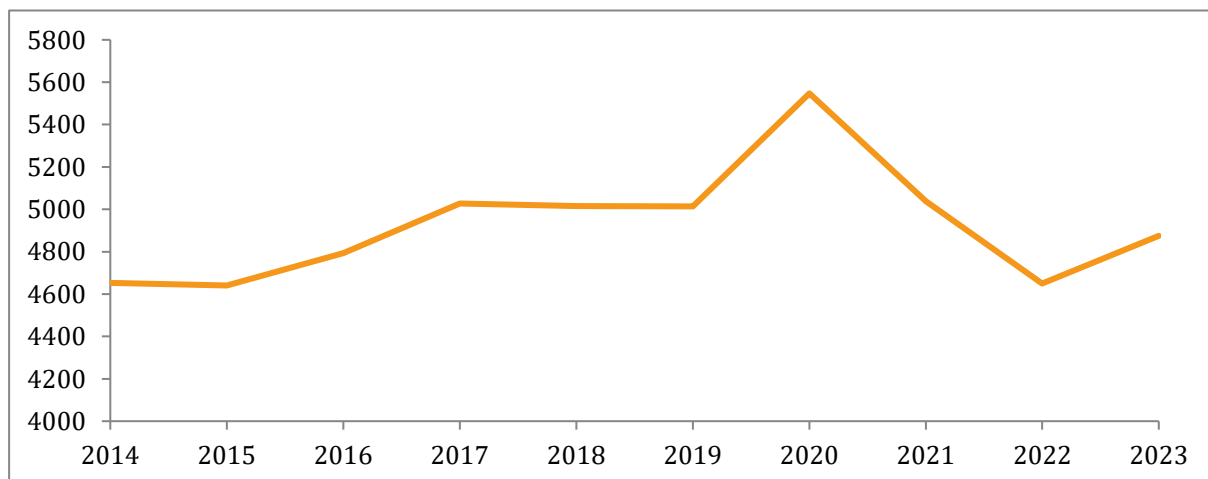
	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	5014	5547	5038	4649	4875
Anteil am BIP (in Prozent)	1,9	2,1	1,6	1,5	1,6
Anteil an Staatsausgaben (in Prozent)	7,0	7,1	4,9	5,8	6,1

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

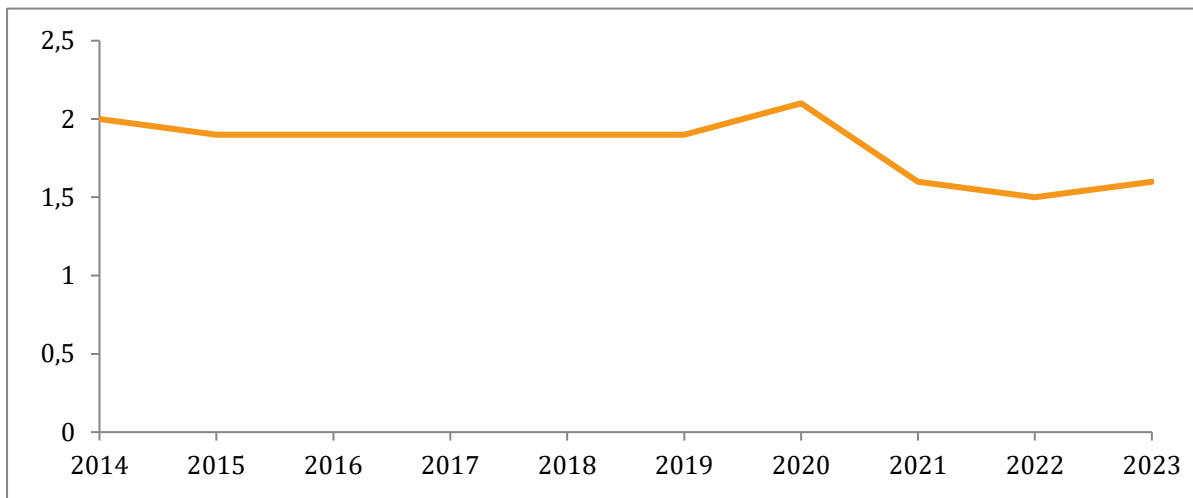
Schaubild 3

Absolute Militärausgaben, Trend 2014 – 2023 in Mio. USD



Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

Schaubild 4**Anteil der Militärausgaben am BIP, Trend 2014 – 2023 (in Prozent)**

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

Lokale Rüstungsindustrie

Chile besitzt eine eigene rüstungsindustrielle Basis. Diese besteht zum großen Teil aus staatlichen Betrieben, deren Geschichte zum Teil bis zur Unabhängigkeit zurückreicht und die unter Pinochet in den 1980er Jahren nochmals gefördert wurden. Die chilenische Rüstungsindustrie produziert überwiegend in Lizenz und für den Bedarf der eigenen Sicherheitskräfte und ist somit Ausdruck des staatlichen Bestrebens nach mehr Autonomie in diesem Sektor. Entsprechend decken staatliche Betriebe auch alle Sparten der Streitkräfte (Luftwaffe, Marine und Heer) ab. Als Exportnation ist Chile bisher kaum in Erscheinung getreten. Eine privatwirtschaftliche Rüstungsindustrie existiert lediglich in geringem Umfang.

Im Bereich des militärischen Schiffbaus ist Astilleros y Maestranzas de la Armada (ASMAR) mit etwa 3.000 Beschäftigten das größte Staatsunternehmen. Das 1960 gegründete Unternehmen geht auf die 1895 gegründeten Arsenales de Marina zurück und bietet an drei Standorten Dienstleistungen wie Wartung und Reparaturen für Schiffe der chilenischen Marine an. Zudem werden Landungsschiffe der Batral Klasse und Patrouillenboote der OPV-80 Klasse vor Ort gefertigt. Beide sind in Nutzung durch die chilenische Marine. Letztere wurden von der deutschen Fassmer GmbH & Co. KG entwickelt und werden nun vor Ort in Lizenz gebaut. Für erstere erwarb ASMAR die Pläne vom französischen Hersteller DCN in Brest, nachdem das französische Militär die Schiffe ausgemustert hatte. Derzeit baut ASMAR zudem an einem Eisbrecher (Almirante Viel; Indienststellung voraussichtlich 2024) sowie an vier Landeplatzdocks (Escotillón IV Projekt).

Auch der militärische Flugzeugbau hat in Chile Tradition. Zunächst produzierte ab 1980 die IndAer, ein Unternehmen im Besitz der chilenischen Luftwaffe, in Kooperation mit dem US-amerikanischen Hersteller Piper Aircraft lokal Flugzeuge des Typs PA-28 Dakota und T-35 Pillan für die Luftwaffe. Die T-35 wurden auch in diverse Länder, etwa nach Paraguay, Guatemala, Mauritius, El Salvador, Ecuador und die Dominikanische Republik, exportiert. Das Unternehmen wurde ab 1984 reorganisiert und in ein staatliches Unternehmen, die Empresa Nacional de Aeronáutica de Chile (ENAER), überführt, welches nicht mehr direkt der

Luftwaffe unterstand. Das Unternehmen produzierte seitdem diverse Flugzeuge, wie das spanische Trainingsflugzeug CASA C-101 (in Chile designiert als T-36 Halcón), lokal in Lizenz. Inzwischen gehören auch unbemannte Drohnen und Equipment zur elektronischen Kriegsführung zum Portfolio des Unternehmens.

Für die Bedarfe des Heeres produziert die im Staatsbesitz befindliche Fábricas y Maestranzas del Ejército (FAMAE) Kleinwaffen und zugehörige Munition, aber auch gepanzerte Fahrzeuge und Raketen. Etliche Waffen, wie das SIG-FAMAE SG 542-1, SG 540 oder SG 543, werden dabei in Lizenz gebaut.

Obgleich die chilenische Rüstungsindustrie eine lange Tradition hat, viele unterschiedlichen Systeme vor Ort produziert und somit dem Land eine grundlegende Unabhängigkeit von Importen beschert, sind ihre Kapazitäten im Bereich Forschung und Entwicklung begrenzt. Die Mehrzahl der Systeme wird in Lizenz produziert oder beruht auf Entwicklungen ausländischer Hersteller. Im internationalen Vergleich ist die Rüstungsindustrie in Chile als eher klein und wenig wettbewerbsfähig zu bezeichnen. So befindet sich kein chilenisches Unternehmen in der vom schwedischen Friedensforschungsinstitut SIPRI herausgegebenen Liste der 100 größten Rüstungsunternehmen weltweit.

Die drei staatlichen Unternehmen ASMAR, ENAER und FAMAE hatten 2022 zusammen einen Umsatz von rund 280 Mio. US-Dollar und beschäftigten insgesamt rund 3.730 Personen.

Streitkräftestruktur

Wehrpflicht: Ja; Heer: 12 Monate, Marine: 18 Monate, Luftwaffe: 12 Monate. Gesetzlich kann die Wehrpflicht bis zu zwei Jahre umfassen.

Box 1

Gesamtstärke der Streitkräfte

68.500 aktive Streitkräfte, davon:

Heer: 37.650

Marine: 19.800

Luftwaffe: 11.050

Reserve: 19.100 (Heer)

Gendarmerie und Paramilitär: 44.700, davon:

Carabineros: 44.700

Quelle: IISS Military Balance 2024

Tabelle 6
Stärke der Streitkräfte, Trend 2015–2022

	2015	2016	2017	2018	2019	2020	2021	2022
Aktive in 1.000 (IISS)	64,8	64,8	77,2	77,2	77,2	77,2	68,5	68,5
Soldat:innen auf 1.000 Einwohner:innen (BICC Berechnungen)	3,6	3,6	4,2	4,1	4,1	4,0	3,5	3,5

Quellen: IISS Military Balance, 2016-2023, World Bank

Kommentar

Das chilenische Militär umfasst dem International Institute for Strategic Studies zufolge insgesamt 68.500 Soldat:innen. Von diesen entfallen 37.650 Soldat:innen auf das Heer, 19.800 Soldat:innen auf die Marine und 11.050 Soldat:innen auf die Luftwaffe. Zusätzlich sind 19.100 Reservist:innen dem Heer zugeordnet. Damit beträgt das Verhältnis von Soldat:innen pro 1.000 Einwohner:innen 3,5, was leicht unter dem weltweiten Durchschnitt von 3,7 und zum Teil deutlich über dem der Nachbarländer liegt (Argentinien 1,6; Bolivien 2,9; Peru 2,5) (Stand 2023).

Die chilenischen Streitkräfte unterstehen dem Verteidigungsministerium. Oberste Befehlsgewalt des Militärs liegt bei dem:der chilenischen Präsident:in.

Die chilenischen Streitkräfte zählen in Südamerika zu den fähigsten Streitkräften in Hinblick auf Training und Logistik und verfügen über eine gute Ausrüstung. Das Land unternahm in den vergangenen Jahren verstärkt Bemühungen, NATO-Standards zu erreichen. Chiles verteidigungspolitisches Weißbuch von 2017 hat die Wahrung der chilenischen Souveränität und territorialen Integrität als traditionell zentrale Aufgabe der Streitkräfte hervorgehoben; gleichzeitig zeichnete sich mit dem Papier ein Wandel hin zu nicht-traditionellen Rollen des Militärs ab. So werden auch die Katastrophenhilfe, humanitären Unterstützung und Friedenssicherung als Aufgaben festgeschrieben. 2021 erhielten die chilenischen Streitkräfte zudem die Aufgabe, Menschenhandel und -schmuggel sowie illegale Einwanderung in Grenzregionen zu bekämpfen. Die Nationale Verteidigungs- und Sicherheitsstrategie für die Jahre 2012 bis 2024 hat eine Erhöhung der Kooperation des Militärs mit zivilen Stellen – unter anderem hinsichtlich innerer Sicherheit, Drogenbekämpfung und Cybersicherheit – zur Priorität erklärt.

Chile unterhält gemeinsam mit Argentinien eine Friedenssicherungstruppe, die Combined Southern Cross Peacekeeping Force, die den Vereinten Nationen zur Verfügung gestellt werden soll. Diese besteht aus einem chilenischen und einem argentinischen Bataillon, einer Kommando- und Unterstützungskompanie, einer Luft- und einer Marinekomponente sowie einer gemeinsamen Logistikeinheit.

Chile hat Soldat:innen im Ausland stationiert: Derzeit befinden sich im Rahmen der europäischen "Operation Althea" (EUFOR) acht chilenische Soldat:innen in Bosnien und Herzegowina, sechs chilenische Soldat:innen im Zuge der UN-Mission UNFICYP (United Nations Peacekeeping Force in Cyprus) auf Zypern und drei chilenische Soldat:innen im Mittleren Osten. Letztere sind dort an der Peacekeeping Operation UNTSO (United Nations Truce Supervision Organization) beteiligt.

Bewaffnung der Streitkräfte

Tabelle 7

Heer

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Schwere Panzer	170	
Schützenpanzer	191	
Bergepanzer	30	
Pionierpanzer	6	
Brückenlegepanzer	13	
Minenfahrzeuge	Mehr als 8	
Gepanzerte Mannschaftstransporter	445	
Artillerie	1389	
Panzerabwehr	Einige	Tragbare Panzerabwehrlenk Waffen-systeme und rückstoßfreie Ab-schussgeräte
Luftabwehr	41	Anzahl der Luftabwehrgeschütze; zusätzlich einige Flugabwehrraketen (Mistral)
Aufklärungshubschrauber	9	Alle kampffähig
Transporthubschrauber	17	
Transportflugzeuge	10	

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Dem International Institute for Strategic Studies (IISS) zufolge verfügt Chiles Heer über 170 Kampfpanzer, bestehend aus 30 des Typs Leopard I und 140 des Typs Leopard II. Die 191 Schützenpanzer des Heeres sind größtenteils vom Typ Marder I. Die gepanzerten Mannschaftstransporter bestehen aus 306 Fahrzeugen vom Typ M113A1/A2 und aus 139 Fahrzeugen vom Typ Piranha. Außerdem verfügt das chilenische Heer über sechs Pionierpanzer 2 Dachs, 30 gepanzerte Bergfahrzeuge (Typ: BPz-2) und 13 Brückenlegefahrzeuge (Typ: Biber). Zur Panzerabwehr besitzt das Heer eine nicht spezifizierte Anzahl an tragbaren Panzerabwehrlenk Waffen-systemen (Typ: Spike-LR/ER) und rückstoßfreien Abschussgeräten (unter anderem vom Typ Carl Gustaf). Zur Luftabwehr befinden sich einige Boden-Luft-Raketen vom Typ Mistral sowie 41 Luftabwehrgeschütze im Einsatz. Unter die Artilleriegeschütze fallen 48 Selbstfahrlafetten, 239 gezogene Geschütze, 12 Raketenwerfer und 1.099 Mörser. Zusätzlich verfügt das chilenische Heer über Fluggeräte, darunter zehn Transportflugzeuge (Typen: C-212-300 Aviocar, Cessna 208 Caravan, CN235), neun bewaffnete Aufklärungshubschrauber (Typ: MD-530F Lifter) sowie 17 Transporthelikopter (Typen: AS532AL/Le Cougar, SA330 Puma, H125 Ecureuil, AS355F Ecureuil II).

Chile hat für sein Heer in den letzten Jahrzehnten hauptsächlich Fahrzeuge, die von anderen Staaten ausgemustert wurden, importiert, sodass viel Equipment des Heeres gebraucht ist. So beschaffte es aus Deutschland 172 gebrauchte Leopard II Kampfpanzer und insgesamt 266 Marder Schützenpanzer; die BPz-2 Bergepanzer sowie die Pionierpanzer vom Typ PiPz-2 Dachs, die sich im Einsatz des Heeres befinden, stammen ebenfalls aus Deutschland und wurden gebraucht importiert. Auch gepanzerte Mannschaftstransporter vom Typ M-113 beschaffte Chile 2011 bis 2012 gebraucht aus Deutschland. Einige hundert ausgemusterte Fahrzeuge dieses Typs hatte das Land Anfang des Jahrtausends bereits aus Italien und den USA importiert. Gebrauchte, vor der Lieferung modernisierte Leopard I Kampfpanzer haben auch die Niederlande im Jahr 2000 an das chilenische Heer übergeben. Im vergangenen Jahr (2022) lieferte Neuseeland 22 ausgemusterte Piranha-3 Schützenpanzer an das chilenische Heer. Die Spike-MR/LR Panzerabwehrraketen, über die Chile verfügt, wurden zwischen 2004 und 2012 aus Israel beschafft. 2013 erwarb Chile schätzungsweise zehn tragbare Mistral Boden-Luft-Raketen aus Frankreich für sein Heer. Für das Heer bezog Chile zudem Selbstfahrlafetten, welche 2006 aus der Schweiz sowie 2012 und 2015 aus den USA geliefert wurden.

Für gewöhnlich werden gebrauchte importierte Güter von den einheimischen Unternehmen überholt oder modernisiert.

Tabelle 8

Marine

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
U-Boote	4	
Fregatten	8	
Patrouillenboote	12	
Amphibienfahrzeuge	7	
Logistik und Unterstützung (Schiffe)	13	

Quelle: IISS Military Balance 2024

Box 2

Weitere Marineeinheiten

Marineinfanterie:

15 leichte Panzer (eingelagert)

22 Schützenpanzer

25 gepanzerte Mannschaftstransporter

39 Artilleriegeschütze

14 Flugabwehrraketen

Küstenwache:

55 Patrouillenboote

Marineflieger (von der Luftwaffe unterhalten):

5 Hubschrauber zur U-Boot-Abwehr
 8 Mehrzweckhubschrauber
 11 Transporthubschrauber
 4 Flugzeuge zur U-Boot-Abwehr
 4 Seefernaufklärungsflugzeuge (davon drei kampffähig)
 7 Trainingsflugzeuge (alle kampffähig)
 7 Aufklärungsflugzeuge

Quelle: IISS Military Balance 2024

Kommentar

Im Besitz der chilenischen Marine befinden sich dem IISS zufolge zwei O'Higgins (Scorpène) und zwei Thomson U-Boote. Die Marine setzt außerdem acht Fregatten ein. Hinzukommen zwölf Patrouillenschiffe der Typen Piloto Pardo, Casma und Micalvi, sieben amphibische Schiffe und 13 Logistik- und Unterstützungsschiffe.

Chile hat in den vergangenen Jahren Anstrengungen unternommen seine Fähigkeiten im Bereich der Überwachung von litoralen Gewässern sowie der Hochsee zu verbessern. Infolgedessen hat Chile in den letzten Jahrzehnten viele Importe zur Modernisierung und Ausstattung seiner Marine getätigt. Dabei wurden oft ausgemusterte Systeme importiert, die im Anschluss modernisiert wurden. Erst 2020 wurden zwei ausgemusterte australische Perry Fregatten geliefert, die mit schätzungsweise 16 Flugabwehrraketen, ebenfalls aus Australien, bestückt wurden. Zuvor sind zwischen 2005 und 2007 im Rahmen eines 350-380 Mio. US-Dollar-Geschäftes zwei gebrauchte Doorman und zwei gebrauchte Van Heemskerck Fregatten aus den Niederlanden beschafft worden; für letztere importierte Chile im selben Zeitraum ebenfalls rund 200 Flugabwehrraketen. Weitere vier Fregatten der Typen Typ-22/Typ-23 importierte Chile 2003 bzw. zwischen 2006 und 2008 aus dem Vereinigten Königreich, für die auch insgesamt 240 Flugabwehrraketen gekauft wurden. Im Jahr 2017 beschaffte Chile 150 Flugabwehrraketen für die Typ-23 Fregatten, die zwischenzeitlich mit deutschen Multifunktionsradaren modernisiert wurden. Von den vier U-Booten der chilenischen Marine wurden zwei in den letzten zwanzig Jahren gekauft: 2005 importierte Chile ein Scorpène U-Boot aus Frankreich und 2006 ein weiteres aus Spanien. Die Dieselmotoren für die genannten U-Boote stammen aus Deutschland. Für die U-Boote der Marine wurden ebenfalls Anti-Schiff-Raketen und Torpedos zur U-Boot-Abwehr gekauft. Daneben hat Chile 2011 ein ausgemustertes CDIC-Landungsschiff aus Frankreich in Dienst gestellt und regelmäßig deutsche Hochseepatrouillenboote vom Typ OPV-80 erworben bzw. in Lizenz gebaut.

Tabelle 9
Luftwaffe

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Jagdflugzeug	48	
Jagdbomberx	10	
Aufklärer	3	
Tankflugzeuge	3	
Tank- und Transportflugzeuge	2	

Waffenkategorien	Anzahl	Kommentar
Transportflugzeuge	33	Davon sechs Passagiermaschinen
AWACS	2	
Ausbildungsflugzeuge	57	Davon 22 bewaffnet
Transporthubschrauber	25	
Mehrzweckhubschrauber	12	
Drohnen	3	Zur Aufklärung
Luftabwehr	17	Zahl der Raketen, zusätzlich einige Geschütze

Quelle: *IISS Military Balance 2024*

Kommentar

Chiles Luftwaffe besteht laut dem IISS aus 80 kampffähigen Flugzeugen, die sich aus 48 Jagdbombern (Typen: F-5E Tigre III+, F-5F Tigre III+, F-16AM Fighting Falcon, F-16BM Fighting Falcon), zehn Abfangjägern (Typen: F-16C Block 50 Fighting Falcon, F-16D Block 50 Fighting Falcon) und 22 bewaffneten Trainingsflugzeugen (Typ: EMB-314 Super Tucano) zusammensetzen. Bis 2023 waren zudem noch 16 Erdkampfflugzeugen (Typ: C-101CC Aviojet) im Dienst, welche vermutlich ausgemustert wurden, deren Verbleib allerdings derzeit unklar ist.

Hinzukommen drei Cessna O-2A Aufklärungsflugzeuge, zwei E-3D Sentry AWACS, drei KC-135 Stratotanker Tankflugzeuge und zwei KC-130R Hercules Tankflugzeuge. Die Transportflugzeugflotte besteht aus 33 Maschinen, von denen sechs Passagiermaschinen sind. Chiles Luftwaffe unterhält ferner zwölf Bell 412EP Twin Huey Mehrzweckhubschrauber und 25 Transporthelikopter. Auch drei Hermes Aufklärungsdrohnen befinden sich im Einsatz der chilenischen Luftwaffe. Zur Flugabwehr besitzt die Luftwaffe Boden-Luft-Raketen, darunter Mistral Raketen, sowie Luft-Luft-Raketen, u. a. der Typen AIM-9J/M Sidewinder, Python und Shafrir, und Bomben (Typen: Paveway II und JDAM).

Chile hat in den letzten Jahrzehnten die Bewaffnung seiner Luftwaffe ausgebaut, in vielen Fällen wurden hierfür gebrauchte, von anderen Staaten ausgemusterte Fluggeräte importiert und in Dienst gestellt. So wurden von den 22 in Dienst befindlichen bewaffneten EMB-314 Super Tucano Trainingsflugzeugen 12 Maschinen zwischen 2009 und 2010 aus Brasilien importiert. Sechs weitere Maschinen desselben Typs folgten 2018; vier weitere 2020. Für diese hat Chile zwischen 2010 und 2020 auch regelmäßig Flugzeugmotoren beschafft. Für die modernisierten Tigre-3 Kampfflugzeuge der Luftwaffe wurden 2001 insgesamt 140 Luft-Luft-Raketen aus Israel geordert; zwischen 2006 und 2011 erhielt Chile 200 weitere Luft-Luft-Raketen für die in Dienst befindlichen F-16 Kampfflugzeuge. Aus Israel stammen auch die drei Hermes-900 Aufklärungsdrohnen in chilenischen Besitz. Diese wurden 2013 an Chile geliefert. Chile hat regelmäßig F-16 Abfangjäger beschafft; die zuletzt beschafften F-16 Abfangjäger stammen vermutlich aus den Niederlanden, von wo aus zwischen 2010 und 2011 gebrauchte Exemplare geliefert wurden. Von den 27 T-35A/B Pillan Ausbildungsflugzeugen im Besitz der chilenischen Luftwaffe wurden 2013 sechs in Chile in Lizenz produzierte. Die drei KC-135 Stratotanker Tankflugzeuge der Luftwaffe wurden ebenfalls gebraucht zwischen 2010 und 2012 importiert. Die zwei gebrauchten KC-130H Hercules Tank- und Transportflugzeuge erhielt Chile zwischen 2015 und 2016. 2021 hat Chile außerdem zwei ausgemusterte C-130H Hercules Transportflugzeuge für die Luftwaffe aus den USA erhalten. Die jüngste Anschaffung

für die chilenische Luftwaffe sind zwei E-3A Sentry AWACS, die Chile 2022 importiert hat. Die Hubschrauberflotte der Luftwaffe wurde 2018 um sechs S-70 Black Hawk Transporthelikopter aus polnischer Produktionslinie erweitert. Außerdem wurden Anfang des Jahrtausends zahlreiche Bell-412 Multifunktionshubschrauber importiert und in den Dienst der Luftwaffe gestellt; 2017 erhielt Chile einen weiteren Hubschrauber desselben Typs.

Box 4

Paramilitärische Einheiten

Carabineros:

20 gepanzerte Mannschaftstransporter

4 Transportflugzeuge

16 Transporthubschrauber

Einige Mörser (81mm)

Quelle: IISS Military Balance 2024

Box 5

Peacekeeping

Bosnien und Herzegowina (EUFOR): 8 Soldat:innen

Zypern (UNFICYP): 6 Soldat:innen

Mittlerer Osten (UNTSO): 3 Soldat:innen

Quelle: IISS Military Balance 2024

Die Rolle des Militärs in der Gesellschaft

Die jüngere Geschichte Chiles ist stark geprägt von der Diktatur General Augusto Pinochets (1973 bis 1988), die durch schwere, systematische Menschenrechtsverletzungen gekennzeichnet war und die zivil-militärischen Beziehungen bis heute (weit nach der demokratischen Transition 1988) maßgeblich beeinflusst. Der am 11. September 1973 mit Hilfe der Vereinigten Staaten durchgeführte Putsch Pinochets beendete die Regierung Salvador Allendes und dessen Unidad Popular und mit ihr die Ära der zivilen demokratischen Regierungen, die (mit wenigen kurzen Ausnahmen) bis ins Jahr 1833 zurückreicht. Unter der Militärdiktatur wurde der Kongress aufgelöst, der Ausnahmezustand über das ganze Land verhängt und verfassungsmäßige Rechte ausgesetzt. Es folgte eine Periode der Repression, in der gezielt politische Gegner:innen verfolgt, verhaftet und getötet wurden. Eine wichtige Rolle spielten hierbei Spezialeinheiten des Militärs, wie die sog. Todeskarawane. Diese arbeiteten oft eng mit dem Geheimdienst (Dirección de Inteligencia Nacional, DINA) in der Bekämpfung von Oppositionellen, allen voran Mitgliedern der Kommunistischen Partei Chiles, zusammen. Nach Recherchen der chilenischen Wahrheits- und Versöhnungskommission, der sog. Rettig-Kommission, welche zwischen 1990 und 1991 Menschenrechtsverbrechen untersuchte, wurden während der Militärdiktatur 3.197 Menschen ermordet. Mehr als 40.000 wurden aus politischen Gründen gefoltert, weiteren 150.000 Menschen wurde aufgrund ihrer politischen Zugehörigkeit der Arbeitsvertrag gekündigt. Die Aufarbeitung und rechtliche Verfolgung dieser Verbrechen gestalteten sich jedoch auch nach der Transition schwierig. Dies lag unter anderem an personellen Kontinuitäten – so diente etwa Pinochet noch bis 1998 als

Oberbefehlshaber der Streitkräfte – vornehmlich aber an der erlassenen Amnestie, welche für alle Straftaten gilt, die von Sicherheitskräften zwischen dem 11. September 1973 und dem 10. März 1978 begangen wurden. Pinochet selbst musste sich in Chile nie gerichtlich verantworten, da ihm im Jahr 2000 durch den Kongress der Status des Ex-Präsidenten zugeschrieben wurde, der ihm Immunität und den Erhalt seiner Bezüge garantierte. Bis auf wenige Ausnahmen blieben die meisten Mitglieder des Militärs – ähnlich wie Pinochet – strafrechtlich unbehelligt.

In den Fokus geriet das Militär erneut im Jahr 2019. Unter Nutzung der Notstandsregelungen in der 1980 von Pinochet verabschiedeten Verfassung setzte der damalige Präsident Sebastián Piñera neben den Carabineros (siehe [Polizei und andere Sicherheitskräfte](#)) auch das Militär ein, um Proteste in Zusammenhang mit Fahrpreiserhöhungen niederzuschlagen. Hierbei kam es zu einer großen Zahl an Opfern. Nach Angaben von [Amnesty International](#) sollen in den zwei Monaten Protesten 13.000 Menschen verletzt und mindestens vier Menschen durch die Sicherheitskräfte getötet worden sein. Dieselben Notstandsregelungen wurden auch zwei Jahre später genutzt, um das Militär im Zuge der COVID-19-Pandemie für die Kontrolle von Ausgangsperren einzusetzen. Hier verlief der Einsatz aber ohne große Gewaltanwendung durch das Militär.

Allgemein werden Chile unter den „jüngeren“ Demokratien in Hinblick auf die zivile Kontrolle des Militärs sehr gute Noten ausgestellt. Diese obliegt dem:der Präsident:in als zivilem:r Oberbefehlshaber:in, welche:r über das zivile Verteidigungsministerium auch die Verteidigungspolitik bestimmt. Einzig das militärische Beschaffungswesen unterliegt kaum der zivilen bzw. parlamentarischen Kontrolle. Seit 1958 regelt das sog. Kupfergesetz, dass 10 (unter Pinochet 15) Prozent der Exporteinnahmen der staatlichen Kupfergesellschaft Corporación Nacional del Cobre (CODELCO) direkt an die drei Teilstreitkräfte abgeführt und diesen für Beschaffungen zur Verfügung gestellt werden. Das Gesetz wurde zwar 2019 offiziell abgeschafft, gilt aber für eine Übergangsperiode weitere 13 Jahre. Zu einer direkten politischen Einflussnahme durch das Militär kam es in der jüngeren Vergangenheit nicht. Das Verhältnis zwischen Militär und Gesellschaft bleibt aber weiterhin belastet. So gaben im 2018 in Chile durchgeführten [World Value Survey](#) nur 49 Prozent der Befragten an, dem Militär zu vertrauen.

Polizei und andere Sicherheitskräfte

Tabelle 10

Ausgaben für öffentliche Ordnung und Sicherheit der Zentralregierung, gemessen am BIP (in %)

	2018	2019	2020	2021	2022
Ausgaben öffentliche Ordnung / Sicherheit	1,6	1,7	1,6	1,4	1,4

Quelle: IMF Government Finance Statistics.

https://data.imf.org/?sk=4e9geda6-45f6-4dcc-bd50-45fc207a6af5&hide_uv=1

Kommentar

Chile besitzt zwei Polizeieinheiten, die zivile Policía de Investigaciones de Chile (PDI) und die paramilitärische Carabineros de Chile. Erstere ist die zentrale Strafverfolgungsbehörde des chilenischen Innenministeriums. Mit rund 5.000 Beamt:innen ist sie zuständig für alle

strafrechtlichen Ermittlungen. Zweitens, die Carabineros de Chile, eine 35.000 Beamt:innen umfassende paramilitärische Einheit, übernimmt allgemeine vollzugspolizeiliche Aufgaben, wie die Kontrolle und Sicherung des Straßenverkehrs, die Bekämpfung von Drogenkriminalität und die Grenzkontrolle. Zu den Carabineros de Chile gehört seit 1979 auch die Grupo de Operaciones Policiales Especiales (GOPE), die Spezialeinsatzkräfte der chilenischen Polizei. Die GOPE-Einheiten werden in Gefahrensituationen in ganz Chile eingesetzt. Zu ihren Aufgaben gehören das Auffinden und die Entschärfung von Explosivmitteln, Geiselnbefreiung und Festnahmen unter schwierigen Bedingungen. Zu den Sicherheitskräften gehört auch die Agencia Nacional de Inteligencia (ANI), Chiles Geheimdienst. Dieser wurde 2004 ebenfalls unter dem Kommando des Innenministeriums eingerichtet. Die Aufgabe der ANI ist die Sammlung nachrichtendienstlicher Informationen im Zusammenhang mit nationalen Sicherheitsbedrohungen wie Terrorismus, Spionage, organisierter Kriminalität und Cyber-Bedrohungen. Sie unterstützt außerdem die Streitkräfte, die Polizei und andere Regierungsstellen des Landes mit nachrichtendienstlichen Informationen. Sie umfasst derzeit circa 125 Mitarbeiter:innen.

Historisch bedingt ist das Verhältnis zwischen Sicherheitskräften und der breiteren Bevölkerung ein durchaus ambivalentes, waren doch einige der genannten Einheiten bzw. deren Vorläufer maßgeblich an der Repression der politischen Opposition zu Zeiten der Militärdiktatur (1973-1988) beteiligt. Insbesondere die Carabineros de Chile und die Vorläufer des heutigen Geheimdienstes, die Dirección de Inteligencia Nacional (DINA) und später der Central Nacional de Informaciones (CNI) spielten hier eine zentrale Rolle. Erstere waren damals direkt dem Verteidigungsministerium unterstellt und bekämpften im Namen des Staates politische Gegner:innen des Regimes unter Pinochet. Insgesamt wurden im Nachhinein seitens der Nationalen Kommission für politische Gefangenschaft und Folter (Valech Kommission) 27.255 politische Gefangene anerkannt, die unter der Militärherrschaft unrechtmäßig inhaftiert wurden. Darüber hinaus wurden, wie bereits erwähnt, etwa 3.000 Chilen:innen ermordet und etwa 40.000 gefoltert. Nach der demokratischen Transition wurden die Carabineros wieder dem Innenministerium unterstellt, sie behielten aber ihre paramilitärische Struktur weiter bei. Eine juristische Aufarbeitung der Verbrechen fand in Chile kaum statt. Angehörige des Militärs und des Geheimdienstes wurden im Zuge der Aufarbeitung verurteilt; unter ihnen etwa der Chef der ehemaligen Geheimpolizei DINA, Manuel Contreras. Dies bildet aber die Ausnahme. Die Carabineros bleiben weitgehend unangetastet. Erinnerungen an die personellen Kontinuitäten innerhalb der Sicherheitskräfte, insbesondere der Carabineros, und Rufe nach einer Polizeireform wurden erneut 2019 laut, als diese die massiven Proteste gegen die damalige Regierung unter Sebastián Piñera mit teilweise tödlicher Gewalt niederschlugen (13.000 Verletzte, insgesamt 23 Tote). Nach einem [Bericht von Amnesty International](#) von 2020 herrscht innerhalb der chilenischen Polizei immer noch eine Tradition der Straffreiheit. So wurden im Zeitraum der Proteste von 2019 (Oktober bis November) über 4.000 Beschwerden über die chilenische Nationalpolizei (inklusive der Carabineros) bei der chilenischen Staatsanwaltschaft eingereicht. Insgesamt wurden im Jahr 2019 8.500 Anschuldigungen über Menschenrechtsverletzungen gegen die Polizei hervorgebracht. Diese führten aber zu keinen nennenswerten disziplinarischen Maßnahmen. So wurde die Reform der Carabineros auch ein zentrales Wahlkampfthema und Wahlversprechen vom linken Präsidentschaftskandidaten Gabriel Boric. Dieses wurde jedoch nach dessen Wahl nicht eingelöst.

Angesichts sehr hoher kriminalitäts- und insbesondere Mordraten durchliefen die Sicherheitskräfte, allen voran die Carabineros, jedoch seit einigen Jahren einen Imagewandel in der Bevölkerung; weg von der Wahrnehmung als Repressionsorgan hin zur Anerkennung als legitimes Sicherheitsorgan. Wurde die Arbeit dieser noch Ende 2019 einer [Umfrage des chilenischen Meinungsforschungsunternehmens Insight Chile](#) zufolge von lediglich 35 Prozent der

Befragten für gut befunden, drückten im April 2023 knapp 80 Prozent ihre Zufriedenheit aus. Angesichts sich häufender Angriffe auf Polizeibeamt:innen wurden im April 2023 im Eiltempo neue verschärfte Gesetze zur Verbrechensbekämpfung verabschiedet. Die als Naín-Retamal Gesetze bekannten Änderungen sehen unter anderem vor, dass Schusswaffengebrauch in Selbstverteidigungssituationen durch Polizeibeamt:innen und Mitglieder der Carabineros per se als gerechtfertigt angesehen und nur in Ausnahmefällen untersucht wird, bei denen ein begründeter Zweifel an der Angemessenheit besteht. Widerstand gegen diese Gesetze regte sich nur vereinzelt.

Teil II: Informationen zu den Kriterien des Gemeinsamen Standpunkts

Bewertung auf Grundlage der [BICC-Datenbank](#)

Kriterium	Bewertung
1. Einhaltung internationaler Verpflichtungen	Nicht kritisch
2. Achtung der Menschenrechte im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
3. Innere Lage im Empfängerland	Möglicherweise kritisch
4. Erhalt von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region	Nicht kritisch
5. Bedrohung von Alliierten	Nicht kritisch
6. Verhalten in der internationalen Gemeinschaft	Nicht kritisch
7. Unerlaubte Wiederausfuhr	Möglicherweise kritisch
8. Wirtschaftliche und technische Kapazitäten des Landes	Nicht kritisch

Quelle: Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC): Rüstungsexport-Datenbank (ruestungsexport.info).

Einhaltung internationaler Verpflichtungen

Tabelle 11

Mitgliedschaft in Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Protokoll von 1928	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Partieller atomarer Teststopp Vertrag von 1963	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Äußerer Weltraumvertrag von 1967	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Non-Proliferationsvertrag für Nuklearwaffen von 1970	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Vertrag zum Verbot von Massenvernichtungswaffen auf dem Meeresboden von 1972	Nicht beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Biologie- und Toxinwaffen-Konvention von 1975	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot der Veränderung der Umwelt zu unfriedlichen Zwecken von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Konvention zum Verbot bestimmter konventioneller Waffen von 1983	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch

Kurzname des Abkommens	Status	Quelle
Chemiewaffen-Konvention von 1997	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Anti-Personenminen-Konvention (Ottawa Vertrag) von 1999	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Übereinkommen über Streumunition von 2010	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Der Internationale Waffenhandelsvertrag von 2014	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Atomwaffenverbotsvertrag von 2021	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Chile ist, mit Ausnahme des Meeresboden-Vertrages von 1972, allen wesentlichen Abrüstungs- und Rüstungskontrollverträgen beigetreten. So ist Chile auch dem Internationalen Waffenhandelsvertrag von 2014 (Arms Trade Treaty, kurz: ATT), der den Handel mit konventionellen Waffen regelt sowie den illegalen Handel mit konventionellen Waffen und deren Abzweigung verhindern soll, beigetreten. Chile hat im Rahmen des ATT, der für Chile 2018 in Kraft getreten ist, bereits regelmäßig (für die Jahre 2018 bis 2022) Bericht erstattet. Darüber hinaus ist Chile Teil regionaler Abrüstungs- und Rüstungskontrollinitiativen beigetreten. Darunter etwa dem Vertrag über das Verbot von Nuklearwaffen in Lateinamerika und der Karibik (Treaty for the Prohibition of Nuclear Weapons in Latin America and the Caribbean). Diesen hat es 1967 unterzeichnet und 1974 ratifiziert. Zusätzlich hat es die Inter-Amerikanische Übereinkunft gegen die illegale Herstellung von und den illegalen Handel mit Feuerwaffen, Munition, Sprengstoffen und ähnlichen Materialien (Inter-American Convention against the Illicit Manufacturing of and Trafficking in Firearms, Ammunition, Explosives, and Other Related Materials) unterzeichnet (1997) und ratifiziert (2003). Gegen Chile ist derzeit weder von Seiten der Europäischen Union noch von Seiten der Vereinten Nationen ein Waffenembargo verhängt.

Achtung der Menschenrechte im Empfängerland

Tabelle 12

Mitgliedschaft in UN-Menschenrechtsabkommen

Abkommen	Status	Quelle
Internationales Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Rassendiskriminierung, 1969	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationaler Pakt über bürgerliche und politische Rechte, 1976	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen zur Beseitigung jeder Form von Diskriminierung der Frau (CEDAW), 1981	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum CEDAW, 2000	Beigetreten	http://treaties.un.org

Abkommen	Status	Quelle
Übereinkommen gegen Folter und andere grausame, unmenschliche oder erniedrigende Behandlung oder Strafe, 1987	Beigetreten	http://treaties.un.org
Übereinkommen über die Rechte des Kindes, 1990	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend den Verkauf von Kindern, die Kinderprostitution und die Kinderpornographie, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Fakultativprotokoll zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes betreffend die Beteiligung von Kindern an bewaffneten Konflikten, 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org

Box 6

Auszug aus dem Länderbericht des US-amerikanischen Außenministeriums zur Menschenrechtspraxis für 2023

There were no significant changes in the human rights situation in Chile during the year.

Siehe Report 2022:

Chile is a constitutional multiparty democracy. In November 2021, the country held presidential elections and concurrent legislative elections that observers considered free and fair. In December 2021, President-elect Gabriel Boric won a runoff election and on March 11, assumed office. On July 4, a Constitutional Convention presented the text of a proposed new constitution. On September 4, 62 percent of the voters voted to reject the proposed constitution. The Carabineros (national uniformed police) and the Investigative Police have legal responsibility for law enforcement and maintenance of order, including migration and border enforcement, within the country. The Ministry of the Interior and Public Security oversees both forces. Civilian authorities generally maintained effective control over the security forces. There were reports members of the security forces committed abuses. Significant human rights issues included credible reports of arbitrary or unlawful killings, cruel, inhuman, and degrading treatment by law enforcement officers, violence against Indigenous persons, and violence against lesbian, gay, bisexual, transgender, queer, and intersex persons. The government took steps to identify, investigate, prosecute, and punish officials who committed human rights abuses or engaged in corruption.

Quelle: United States Department of State, Country Report on Human Rights Practices 2023
<https://www.state.gov/reports/2023-country-reports-on-human-rights-practices/chile/>

Box 7

Auszug aus dem Jahresbericht von Amnesty International für 2023

Legislation increased protection for the police. Impunity persisted for human rights violations committed during protests in 2019. A plan for the search for forcibly disappeared people was presented. Refugees and migrants were still subject to discriminatory measures and faced obstacles to international protection. Violations of the rights of LGBTI people, Indigenous Peoples and women continued. Chile's position on new mining projects was inconsistent.

Quelle: Amnesty International Report April 2024
<https://www.amnesty.org/en/documents/pol10/7200/2024/en/>

Box 8**Bewertung bürgerlicher und politischer Rechte durch Freedom House 2024**

Bewertung für Chile auf einer Skala von 0 für völlig unfrei bis 100 für völlig frei:

Bürgerliche Rechte: 56/60

Politische Rechte: 38/40

Gesamtbewertung: Frei (94/100)

Die Bewertung durch Freedom House ist subjektiv, sie beruht auf dem Urteil von Expert:innen, deren Namen von Freedom House nicht bekannt gemacht werden.

Box 9**Auszug aus dem Länderbericht von Freedom House 2024**

Chile is a stable democracy that has experienced a significant expansion of political rights and civil liberties since the return of civilian rule in 1990. Ongoing concerns include corruption and unrest linked to land disputes with Indigenous Mapuche people.

Quelle: <https://freedomhouse.org/country/chile/freedom-world/2023>

Kommentar

Chile ist allen wesentlichen Menschenrechtsabkommen beigetreten. Die chilenische Bevölkerung hat zu Zeiten der Militärdiktatur unter Pinochet massive Menschenrechtsverletzungen und politische Repression erfahren, die im Nachgang nur begrenzt aufgearbeitet wurden. Heute noch verfolgen chilenische Gerichte Beteiligte der Militärdiktatur strafrechtlich. So wurden bspw. im Juni 2022 der ehemalige Militäroffizier Miguel Krassnoff sowie zwei ehemalige Polizeioffiziere für die Ermordung eines Lehrers im Jahr 1975 schuldig gesprochen. Für Krassnoff war es die 80. Verurteilung.

Im Rahmen der sozialen Unruhen, die nach der Preiserhöhung für das Santiago Metrosystem im Oktober 2019 ausbrachen, setzte die Polizei exzessive Gewalt gegen Demonstrierende und unbeteiligte Passant:innen ein. Hunderte Menschen wurden wegen vermeintlicher Straftaten während der Proteste inhaftiert und angeklagt, viele befinden sich nach wie vor in Haft. [Human Rights Watch](#) verweist auf Berichte von unmenschlicher Behandlung, Folter und sexualisierter Gewalt in Haftanstalten. Nach Angaben von Amnesty International wurden einige Personen unrechtmäßig in Untersuchungshaft gehalten, teilweise bis zu einem Jahr. In einigen Fällen sollen zudem Beweise gefälscht worden sein. Von fast 11.000 Beschwerden über von Staatsbeamt:innen begangene Menschenrechtsverletzungen im Rahmen der Unruhen wurden bis Ende 2022 lediglich 140 von der Staatsanwaltschaft zur Anklage gebracht und nur 17 führten zur Verurteilung. So sprach ein Gericht eine Verurteilung gegen einen ehemaligen Captain der Carabineros aus. Dieser soll dafür verantwortlich sein, dass Fabiola Campillai, die im November 2019 auf dem Weg zu einer Bushaltestelle von der Polizei mit einem Tränengaskanister attackiert wurde, erblindete und ihren Geschmacks- und Geruchssinn verlor. Ähnlich wurde auch ein Polizeikommandant für den exzessiven Gewalteininsatz der Polizei gegen den Demonstranten Gustavo Gatica angeklagt. Die Menschenrechtsverletzungen im Zuge der Proteste haben Forderungen nach einer Polizeireform lauter werden lassen, strukturelle Veränderungen bleiben bisher jedoch aus. Zwar gab es 2022 eine Reform, die für Transparenz und zivile Kontrolle sorgen soll; unabhängige und unparteiische

Untersuchungen werden jedoch durch diese nicht garantiert. Die Regierung kündigte 2022 außerdem die Etablierung eines neuen Programms an, das Entschädigungen an die mehr als 400 Menschen zahlen soll, die während der Proteste Augenschäden erlitten haben. Das chilenische Gesetz räumt den Carabiñeros jedoch weiterhin weitreichende Befugnisse für Festnahmen ein, die kaum einer Kontrolle unterliegen.

[Human Rights Watch](#) zufolge setzen die Carabiñeros ihre weitreichenden Befugnisse bereits seit Jahren diskriminierend gegen Migrant:innen, Frauen und in Armut lebende Menschen ein. Die Menschenrechte von Migrant:innen und Geflüchteten werden in Chile (teilweise) untergraben. Die schätzungsweise 1,4 Mio. Migrant:innen in Chile, von denen die Mehrheit aus Venezuela, Peru und Haiti stammt, werden immer wieder Ziel xenophober Proteste und Angriffe. So äußerten bereits die [Vereinten Nationen](#) 2021 ihre Besorgnis über wachsende Xenophobie in Chile, die sich in Demonstrationen, Hassrede und gewaltvollem Vorgehen von Sicherheitskräften gegen Migrant:innen zeigt. Zwar ist die irreguläre Einreise nach Chile kein Verbrechen, gesetzlich dürfen Migrant:innen und Geflüchtete allerdings unmittelbar nach dem Übertreten der Grenze oder beim Versuch dessen vertrieben werden. Unter der Regierung von Sebastian Piñera (2018-2022) wurden Migrant:innen, die bereits in Chile lebten, kollektiv abgeschoben, was mit der Amtsübernahme durch Gabriel Boric gestoppt wurde. Piñera hatte ebenfalls eine umfassende militärische Präsenz in Grenzgebieten etabliert.

Laut [Menschenrechtsbericht](#) des US-amerikanischen Außenministeriums hat Chile ein signifikantes Problem mit geschlechtsspezifischer Gewalt, einschließlich Vergewaltigungen und Femiziden. In Chile bestand lange Zeit ein komplettes Verbot von Schwangerschaftsabbrüchen. Seit 2017 sind Schwangerschaftsabbrüche erlaubt, wenn das Leben der schwangeren Person in Gefahr ist, wenn der Fötus nicht lebensfähig ist und/oder wenn die Schwangerschaft durch Vergewaltigung zustande gekommen ist. Dennoch weigert sich gut die Hälfte der gesetzlichen Geburtshelfer:innen, Schwangerschaftsabbrüche bei Vergewaltigungen durchzuführen.

Zwischen Januar und September 2022 gab es in Chile 29 Femizide; Frauenrechtsorganisationen sprechen von 35 Opfern in diesem Zeitraum.

Die Rechte von LGBTQIA+² Personen wurden kürzlich in Chile gestärkt. So trat im März 2022 ein Gesetz in Kraft, das unter anderem gleichgeschlechtliche Ehen und die gemeinsame Kindesadoption durch gleichgeschlechtliche Paare legalisiert. Zwar ist Diskriminierung auf Basis von geschlechtlicher Identität und sexueller Orientierung in Chile gesetzlich verboten, de facto gibt es in Chile allerdings zahlreiche Fälle von Gewalt und Diskriminierung gegen LGBTQIA+ Personen: 2021 gab es [Berichten](#) zufolge 1.114 Beschwerden über Gewalt und Diskriminierung aufgrund der sexuellen Orientierung oder geschlechtlichen Identität.

Die Menschenrechte von Indigenen werden, vor allem in den südlichen Provinzen des Landes, in denen es zu teils gewaltvollen Auseinandersetzungen zwischen der Regierung und indigenen Aktivist:innen kommt (siehe Kapitel zur Inneren Lage), immer wieder verletzt. Hierbei kommt es zum Beispiel zu unfairen Gerichtsprozessen. Aufsehen erregten der Tod eines jungen Angehörigen der Mapuche und die Verletzung eines weiteren Jungen. Auf beide hatte die Polizei im Rahmen des fälschlichen Vorwurfs, in einen Raub verwickelt zu sein, geschossen. Die betreffenden Polizist:innen wurden zu Gefängnisstrafen verurteilt. Kurz darauf ereignete sich der Fall von Alberto Curamil, einem Angehörigen der Mapuche, auf den die Polizei im Zuge eines Protests geschossen hatte und dem sie eine umgehende medizinische Behandlung verweigerte. Curamil gilt als Sprecher der Mapuche in der Araucanía-Region und wurde dort durch seinen Widerstand gegen Dammprojekte bekannt.

² lesbian, gay, bisexual, transgender, intersex, queer/questioning, asexual

Innere Lage im Empfängerland

Box 10

Politisches System; Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

During the period under review, Chile attempted to cope with the repercussions of the political and socio-economic crisis it has faced in recent years. This crisis included the ongoing political turmoil that had its origins in the social unrest of 2019, marking the end of the post-Pinochet democracy era, also referred to as the "democracy of accords." Additionally, Chile had to contend with the wide-ranging effects of the COVID-19 pandemic. However, Chileans proved to be undecided about the direction of their own democratic future, as demonstrated by the question of a new constitution and the outcome of general elections in 2021.

To address the profound political crisis that followed the social upheaval of 2019, political stakeholders agreed to manage the turmoil by launching a constitutional reform process. The 2021 elections held to select members of the Constitutional Convention saw a significant surge in support for the left, allowing them to secure nearly two-thirds of the seats and, as a result, exclusive authority over the constitution's draft. However, during the constitution-drafting phase, the popularity of the Convention sharply declined, and numerous proposals failed to resonate with voters. Additionally, the economic and social situation deteriorated in 2022, leading to a substantial victory for the "rejection" option in the September 4 referendum, with a margin of 61.8% versus 38.2%. Nevertheless, political stakeholders responded positively to the collapse of the constitutional process, reaching an agreement in early 2023 to launch a new constitutional reform process, with elections for the new Constitutional Council scheduled for May 2023. Gabriel Boric emerged as the winner of the presidential election in November 2021 with 55.8% of the vote. Boric led a new left-wing coalition that brought together the Communist Party with new parties like the Democratic Revolution and the Social Convergence. The traditional Concertación parties, as well as the right-wing Alliance coalition, which had dominated the "Democracy of Agreements" for over 30 years, were significantly weakened in this election. Many of these parties had no choice but to join the new government and assume secondary roles. The outcome of the parliamentary elections was unfavorable for Boric, as his coalition failed to secure a majority in any chamber. Right-wing parties gained control of 50% of the seats in the Senate. The new government, which took office in March 2022, faced additional challenges when the proposed new constitution, actively supported by the government, was rejected. This rejection compelled the government to revise its original approach and adopt more moderate positions.

Quelle: <https://bti-project.org/de/reports/country-report/CHL>

Korruptionsindex von Transparency International - Corruption Perceptions Index (2023)

Im Jahresbericht 2023 von Transparency International, für den in 180 Staaten Befragungen zur Wahrnehmung von Korruption bei Beamten:innen und Politiker:innen durchgeführt wurden, erzielte Chile 66 von 100 möglichen Punkten (2022: 67 Punkte). Damit liegt das Land hinter Taiwan und vor den Bahamas. Deutschland erzielte 78 Punkte.

Quelle: <https://www.transparency.org/en/cpi/2023>

Spannungen und innere Konflikte

Mit dem Ende der Militärdiktatur unter General Augusto Pinochet hat sich in Chile das demokratische System weitgehend konsolidiert. So wurde ein Wiedererstarken von autoritären Strukturen bisher erfolgreich verhindert. Zwischen 1989 und 2005 hat das Mitte-Links-Bündnis Concertación die Wahlen im Land gewonnen und Regierungen gestellt. Neben dem Einsetzen einer Kommission, die sich mit Menschenrechtsverletzungen durch das vorige

Militärregime befasst, erhöhten wirtschaftliche Verbesserungen und eine Reduzierung der Armut die Zufriedenheit innerhalb der chilenischen Bevölkerung und die politische Partizipation der Bürger:innen. Seitdem spiegelt die sinkende Wahlbeteiligung jedoch ein zunehmendes Maß an Entfremdung der Bürger:innen von den politischen Parteien wider. Nachdem 2009 die politische Rechte die Wahlen gewonnen hatte, kam es 2011 zu historischen Protestwellen im Land, die von Studierenden organisiert wurden, welche eine kostenfreie höhere Bildung und eine tiefgreifende Reform des Bildungssektors forderten. Nachdem das Mitte-Links-Bündnis an die Forderungen der Proteste anknüpfte und die folgenden Wahlen gewann, stieg durch wirtschaftliche Verschlechterungen jedoch erneut die Unzufriedenheit in der chilenischen Bevölkerung.

Im Oktober 2019 brachen soziale Unruhen über die Erhöhung der Ticketpreise des Santiago Metrosystems aus, die nach einer Woche in gewaltvolle Auseinandersetzungen mündeten, im Rahmen derer es mitunter zu Brandstiftungen und Plünderungen kam. Die Unterstützung für die Proteste war innerhalb der Bevölkerung groß. So versammelten sich am 25. Oktober 2019 über eine Millionen Menschen in Santiago zum friedlichen Protest. Inhaltlich weiteten sich die Proteste damit aus: Im Fokus der Unzufriedenheit standen nun vielmehr das wirtschaftliche sowie das politische System an sich. In den Protesten bündelten sich auch der Frust über die soziale Ungleichheit im Land, Forderungen nach verbesserten sozioökonomischen Bedingungen sowie eine Krise der politischen Repräsentation in Form der Kritik an der gesamten politischen Klasse. Ab 2020 ebten die Proteste vor allem im Zuge von strikten Maßnahmen im Rahmen der COVID-19-Pandemie ab. Der exzessive Gewalteininsatz der Polizei gegen die mehrheitlich friedlich protestierenden Demonstrant:innen führte jedoch zu weiteren, wenn auch vom Umfang her kleineren Protesten. Insgesamt nimmt in Chile die Zufriedenheit mit dem demokratischen System stetig ab und das Vertrauen in die demokratischen Institutionen ist im letzten Jahrzehnt drastisch gesunken. Die Unzufriedenheit mit der Regierung wuchs auch im Rahmen der COVID-19-Pandemie, von der Chile hart getroffen wurde. Die Regierung verhängte lange Lockdowns und schloss die Schulen für ein Jahr; die Arbeitslosigkeit im Land stieg drastisch. Die meisten Chilen:innen bewerteten den Umgang der Regierung mit der Pandemie als negativ.

Grundsätzlich akzeptiert zwar die Mehrheit der indigenen Gemeinschaften in Chile, die 12 Prozent der Bevölkerung ausmachen, die Legitimität des chilenischen Staates. In der südlich gelegenen Region Araucanía bestehen jedoch Spannungen zwischen dem chilenischen Staat und kleinen Gruppen des indigenen Volkes der Mapuche. Dabei geht es in der Regel um Landansprüche und beizeiten um Forderungen nach politischer Autonomie. Im letzten Jahrzehnt sind die Anzahl und die Gewaltintensität von Zwischenfällen gestiegen. Hierbei wird auf Landbesetzung, Brandanschläge auf Eigentum, zumeist auf Holzlaster, Straßenblockaden und Erpressung lokaler Produzent:innen zurückgegriffen. Hunderte Zwischenfälle werden mittlerweile jährlich dokumentiert und finden üblicherweise in ländlichen, wenig besiedelten Gegenden statt. Die meisten Fälle werden nicht von der Polizei verfolgt. 2020 wurde erstmalig ein Lastwagenfahrer durch einen Angriff getötet. In den letzten Jahren ist der Konflikt auch in angrenzende Regionen übergeschwappt. Im Januar 2021 gab es eine großangelegte Anti-Drogen-Operation in der indigenen Temucuicui-Gemeinschaft, welche vollständige Unabhängigkeit vom chilenischen Staat fordert. Hierbei wurde ein Polizist erschossen, elf weitere wurden verletzt. Infolgedessen verkündeten die Temucuicui, sie würden eine eigene interne Polizeitruppe gründen, da sie ablehnen, dass die nationale Polizei ihr Gebiet betritt. Insgesamt meldete die Polizei hunderte Angriffe in der Region Araucanía im letzten Jahrzehnt. Die Carabiñeros wahren hierbei beizeiten nicht die Menschenrechte indigener Aktivist:innen (siehe Kapitel zur Achtung der Menschenrechte im Empfängerland). Die Regierung hat jüngst eine Kommission zur Aufarbeitung und Umsetzung von Landrückgabe

(comisión para la paz y el entendimiento) angekündigt. Bislang verläuft die Landrückgabe aber schleppend.

In ärmeren Teilen Santiagos kommt es außerdem zu Territorialkämpfen zwischen rivalisierenden Gruppen, die in den illegalen Handel und Schmuggel von Drogen verwickelt sind, was regelmäßig in gewaltvolle Auseinandersetzungen und Ermordungen mündet. Die Polizei betritt nur in seltenen Fällen diese Gebiete. Im Zuge der Unruhen 2019 wurden hunderte Angriffe auf Polizeistationen verübt. Viele dieser Angriffe sollen auf lokale, in den Drogenhandel involvierte Gruppen zurückzuführen sein.

Erhaltung von Frieden, Sicherheit und Stabilität in der Region

Geographische Lage

Chile liegt im Südwesten Südamerikas und hat eine Nord-Süd-Ausdehnung von circa 4.200 Kilometern, während die West-Ost-Ausdehnung lediglich knapp 200 Kilometer beträgt. Es grenzt im Norden an Peru, im Nordosten an Bolivien und im Osten an Argentinien. Im Südwesten grenzt es an den Pazifik. Es hat eine Flächengröße von rund 750.000 Quadratkilometern. Chile hatte 2022 19,6 Millionen Einwohner:innen. Rund die Hälfte der Einwohner:innen lebt in der Metropolregion rund um die Hauptstadt Santiago. Aufgrund klimatischer Bedingungen sind die nördlichen und die südlichen Gebiete des Landes sehr dünn besiedelt.

Chile wurde im 16. Jahrhundert durch Spanien kolonialisiert. Nach langem Kampf erzielte Chile 1810 die Unabhängigkeit. Ethnisch gesehen hat die große Mehrheit der Chilen:innen europäische Vorfahr:innen, circa zwölf Prozent der chilenischen Bevölkerung sind Indigene, von denen die Mehrheit den Mapuche angehört, eine Minderheit den Aymara, den Diaguita und den Rapanui.

Politische Situation in der Region

Zwar gelten Chile, der Nachbarstaat Argentinien sowie Uruguay in der südamerikanischen Region, in der Chile liegt, als „stabil“, jedoch befinden sich dort auch Staaten, die dem [Fragile State Index](#) zufolge in „warnendem“ Maße von staatlicher Fragilität betroffen sind (Chiles Nachbarstaaten Bolivien und Peru sowie Brasilien, Paraguay, Suriname, Guyana, Ecuador und Kolumbien). Laut dem [Bertelsmann Transformation Index](#) (BTI) sind nur Chile und Uruguay „democracies in consolidation“, der Rest der südamerikanischen Staaten wird als „defective democracies“ bewertet. [Freedom House](#) attestiert Bolivien, Peru und Paraguay nur „teilweise frei“ zu sein, während Chile und die restlichen südamerikanischen Staaten als „frei“ gelten. Dem Rule of [Law Index](#) des World Justice Projects zufolge weisen in Südamerika lediglich Chile und Uruguay ein relativ hohes Maß an Einhaltung der Rechtsstaatlichkeit auf Chiles Nachbarland Bolivien ein relativ schwaches Maß. Der Rest der südamerikanischen Staaten hält in mittlerem Maße die Rechtsstaatlichkeit ein.

Chiles Nachbarstaat Bolivien bleibt polarisiert über die umstrittenen Wahlen von 2019, die zur Amtsniederlegung des damaligen Präsidenten Evo Morales geführt haben. Die Spaltung zwischen jenen, die der Meinung sind, Morales sei in einem Putsch abgesetzt worden, und denen, die seine Partei beschuldigen, die Wahlen gefälscht zu haben, hat unter anderem zur politischen Vereinnahmung der Judikative und Gewaltandrohungen geführt; die Gesellschaft ist höchst fragmentiert.

Im Nachbarland Peru haben in den letzten Jahren einige, teils substanzielle politische Veränderungen stattgefunden, darunter fragwürdige Prozesse bei der Ernennung von neuen Verfassungsrichter:innen und eine kontroverse Auflösung des Kongresses. Für einige Monate

regierte die Exekutive 2020 mittels Notstandsgesetzen ohne Gegengewicht. Die Wahlen Anfang 2020 haben das peruanische Parlament weiter fragmentiert. Nachdem Pedro Castillo Ende 2022 als Präsident seines Amtes enthoben wurde und infolgedessen ankündigte, den Kongress umgehend aufzulösen, eine "Ausnahmeregierung" zu bilden und mittels Dekrete zu regieren, brachen teils gewaltsame Proteste in Peru aus. Castillo wurde verhaftet und seine Schritte entlang des gesamten politischen Spektrums kritisiert. In den Protesten, die unter anderem eine neue Verfassung fordern und die Freilassung Castillos, zeigt sich, dass eine Mehrheit der Peruaner:innen höchst unzufrieden mit dem dysfunktionalen Governance-System im Land ist. Bis Mitte Februar 2023 starben im Zuge der Proteste 60 Menschen, viele von ihnen bei Zusammenstößen mit Sicherheitskräften.

Im Zuge der COVID-19-Pandemie, von der Südamerika hart getroffen wurde, zeigten sich abermals die strukturellen Probleme, mit der sich die Region konfrontiert sieht und die in zahlreichen Ländern Proteste gegen festgefahrene Entwicklungsparadigmen auslösten. So steht die Region vor den Herausforderungen extremer Ungleichheiten, schwacher ökonomischer Entwicklung und fragmentierter sozialer Systeme. Kaum eine Regierung Südamerikas konnte ein solides Krisenmanagement aufweisen. Am drastischsten zeigte sich dies in Brasilien unter dem ehemaligen Präsidenten Jair Bolsonaro. Bereits vor der COVID-19-Pandemie waren im Jahr 2019 in zahlreichen südamerikanischen Staaten massive Proteste über soziale Ungleichheiten ausgebrochen, darunter, neben Chile, in Kolumbien und Ecuador. Die COVID-19-Pandemie verschärfte diese politischen Spaltungen, die zu offenem Dissens über das Management der Krise führten.

Grenzkonflikte

Chile lehnte Perus unilateralen Beschluss ab, zu Gunsten Perus die maritime Grenze entlang des Breitengrades zu Chile zu einer Äquidistanz-Linie mit südwestlicher Achse zu verändern. Im Jahr 2008 rief Peru daher den Internationalen Gerichtshof an, welcher 2014 zugunsten Perus entschied. Chile verlor damit den Anspruch auf maritime Gebiete und trat diese an Peru ab. Damit wurden die Grenzstreitigkeiten beider Länder beigelegt.

Bolivien hat Ansprüche, den Atacama-Korridor wiederherzustellen, reaktiviert. Chile, dem das Gebiet 1884 zugesprochen wurde und das von Peru in seinen Ansprüchen unterstützt wird, weist diese Ansprüche jedoch zurück. Der Atacama-Korridor ist ein Teil der Atacama-Wüste im Norden Chiles. Die Wüste liegt im Westen an der Küste und grenzt im Osten an die Anden. Die Territorialstreitigkeit besteht nach wie vor.

Mit Argentinien hat Chile eine Grenzstreitigkeit, die das Campo de Hielo Sur (zu dt. Südliches Patagonisches Eisfeld) betrifft. Das Gebiet ist das größte Gletschergebiet auf der Südhalbkugel außerhalb der Antarktis und liegt in den Anden. Für den 60 km langen Abschnitt der chilenisch-argentinischen Grenze zwischen den Bergen Cerro Fitz Roy und El Murallón wurde bisher keine einvernehmliche Grenzziehung vorgenommen; eine gemeinsame Grenzkommission, die Chile und Argentinien 2001 eingerichtet haben, muss nach wie vor die die Grenze demarkieren.

Zudem überschneiden sich Territorialansprüche von Seiten Chiles in der Antarktis teilweise mit argentinischen und britischen Ansprüchen (zwischen dem 53. Längengrad und dem 74. Längengrad). Antarktisches Gebiet zwischen dem 74. und dem 80. Längengrad ist territorial zwischen Argentinien und Chile umstritten.

Regionale Rüstungskontrolle

Die Unterzeichnung des Tlatelolco-Vertrages von 1967 stellt einen wesentlichen Schritt in Hinblick auf "harte" Rüstungskontrolle in der Karibik und Südamerika dar. Der Vertrag

verbietet das Testen, das Stationieren, den Besitz sowie die Herstellung von Nuklearwaffen in der Region. Kritisch ist, dass der Vertrag nicht zu weiteren Mechanismen zur konventionellen Rüstungskontrolle geführt hat. Mit dem Ende des Kalten Krieges gab es in der Region Anstrengungen zur Etablierung vertrauensbildender Maßnahmen, deren Ziel jedoch im Bereich der "weichen" Rüstungskontrolle lagen und die vornehmlich den Austausch von Informationen, die Teilnahme an den UN-Berichterstattungsinstrumenten und die Einladung von Beobachter:innen zu Militärübungen umfassten. Zudem existiert die Inter-Amerikanische Konvention gegen die illegale Herstellung von und den illegalen Handel mit Feuerwaffen, Munition, Sprengstoffen und ähnlichen Materialien (Inter-American Convention against the Illicit Manufacturing of and Trafficking in Firearms, Ammunition, Explosives, and Other Related Materials), die 1997 verabschiedet wurde und die Chile 2003 ratifiziert hat. Sie ist für die Region das Hauptinstrument, um transnational der illegalen Proliferation von Feuerwaffen entgegenzuwirken. Hinzukommt die Inter-Amerikanische Übereinkunft zu Transparenz in der Beschaffung konventioneller Waffen (Inter-American Convention on Transparency in Conventional Weapons Acquisitions), die dem Informationsaustausch zwischen den Mitgliedsstaaten zum Import und Export konventioneller Waffen dienen soll und 2002 in Kraft trat.

Ferner ist das UNLIREC (Regional Centre for Peace, Disarmament and Development in Latin America and the Caribbean), eine Regionalinstitution des United Nations Office for Disarmament Affairs, mit Programmen zur Implementierung und Umsetzung von Klein- und Leichtwaffenkontrollmechanismen sowie zum Kapazitätsaufbau in der Region aktiv.

Bedrohung von Alliierten

Stationierung alliierter Streitkräfte in der Region

Weder in Chile noch in den Nachbarstaaten Peru, Bolivien und Argentinien sind alliierte Streitkräfte stationiert. Lediglich in Kolumbien, das im Norden an Peru grenzt, sind 50 US-Soldat:innen im Rahmen des US Southern Commands stationiert.

Verhalten in der internationalen Gemeinschaft

Tabelle 13

Beitritt zu wichtigen Anti-Terrorismus-Abkommen

Abkommen	Status	Quelle
Konvention zur Unterdrückung von Flugzeugentführungen von 1971	Beigetreten	http://www.icao.int
Konvention zum Schutz bestimmter Personen, einschließlich Diplomaten von 1977	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention gegen Geiselnahmen von 1983	Beigetreten	http://treaties.un.org
Konvention zum physischen Schutz nuklearen Materials von 1987	Beigetreten	http://www.iaea.org
Konventionen zur Markierung von Plastiksprengstoff von 1998	Beigetreten	http://www.icao.int

Abkommen	Status	Quelle
Internationale Konvention zur Unterdrückung terroristischer Bombenanschläge von 2001	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung der Finanzierung terroristischer Organisationen von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Internationale Konvention zur Unterdrückung von Handlungen des Nuklear-Terrorismus von 2007	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Chile ist allen wesentlichen internationalen Abkommen zur Terrorismusabwehr und -bekämpfung beigetreten. Das Terrorismuspotenzial in Chile ist grundsätzlich gering, jedoch kommt es mit indigenen Gemeinschaften im Süden des Landes zu Auseinandersetzungen, bei denen die chilenischen Behörden Anti-Terrorismus-Gesetze nutzen, um gegen indigene Mapuche vorzugehen. Dies wird von Menschenrechtsorganisationen [kritisiert](#). In Folge von Brandanschlägen und Blockaden in der Region Araucania im Süden des Landes hat Chiles Präsident Gabriel Boric Ende 2022 außerdem von „terroristischer“ Gewalt durch Mapuche gesprochen.

Internationale Kriminalität

Tabelle 14

Beitritt zu internationalen Abkommen in der Kriminalitätsbekämpfung

Abkommen	Status	Quelle
Konvention gegen Transnationale Organisierte Kriminalität von 2003	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (a) zur Unterdrückung von Menschenhandel (2003)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (b) gegen den Schmuggel von Auswanderern (2004)	Beigetreten	http://treaties.un.org
Zusatzprotokoll (c) gegen die unerlaubte Herstellung und den Transport von Feuerwaffen (2005)	Beigetreten	http://treaties.un.org

Kommentar

Chile ist allen wesentlichen internationalen Abkommen zur Kriminalitätsbekämpfung beigetreten. In der Praxis kämpft Chile jedoch an mehreren Fronten mit organisierter Kriminalität. Diese ist in Chile vor allem durch lose kriminelle Netzwerke, zumeist Familienklans, die in marginalisierten Nachbarschaften operieren und in Drogen- und Menschenhandel und -schmuggel involviert sind, charakterisiert. Es gibt [Berichte](#) von Korruption, einschließlich Staatsbeamten:innen, die in den illegalen lokalen Handel mit Waffen und Drogen involviert sind. Chile ist Ursprungs-, Transit- und Zielland von Menschenhandel. Dieser zielt vor allem auf sexueller Ausbeutung oder auf Zwangsarbeit in Minen, Landwirtschaft, Baugewerbe oder Straßenhandel ab. Chilenische Frauen und Kinder werden zum Sexhandel gezwungen, wie auch Frauen und Kinder aus Asien und anderen südamerikanischen Ländern, insbesondere Kolumbien. Hierfür haben sich Netzwerke mit komplexen Organisationsstrukturen und differenzierten Rollen gebildet, von denen manche international agieren. Die Opfer dieser

Netzwerke stammen vor allem aus Nepal, Indien, Bolivien, Paraguay, Argentinien, der Dominikanischen Republik, Ecuador und China. Der Menschenhandel in Chile involviert staatliche Akteure, kriminelle Netzwerke mit internationaler Koordination und Individuen, die die illegale Grenzüberquerung ermöglichen. Laut dem Trafficking in Persons [Report](#) des US-amerikanischen Außenministeriums von 2022 ist die Vulnerabilität von Migrant:innen in Chile, Opfer von Menschenhandel zu werden, im Zuge der COVID-19-Pandemie noch gestiegen, da viele Menschen ihre Arbeit verloren haben und begrenzte Alternativen durch die Restriktionen im Land hatten.

Chile hat in Südamerika die höchste Konsumrate von Kokain und dient sowohl als Transit- und Zielland für den Handel mit Kokain. Gelegentlich neben zwei signifikanten Kokainproduzenten (Bolivien und Peru) erreicht Kokain über Transitrouten durch Chile Europa und Australien. In den Handel sind kriminelle Organisationen mit Verbindungen zu ausländischen Akteuren involviert. In geringerem Maße wird Heroin aus Kolumbien illegal nach Chile importiert. Außerdem ist Chile ein maßgeblicher Endbestimmungsort des Schmuggels von Cannabis in Südamerika. Das meiste Cannabis stammt aus Paraguay, geringere Mengen aus Kolumbien.

Die Routen, die für illegale Drogenimporte genutzt werden, werden in Chile auch für illegalen Waffenhandel und -schmuggel genutzt. Der gestiegene Bedarf nach Kleinwaffen steht in Verbindung mit dem wachsenden Drogenmarkt und den gestiegenen Raten an Tötungsdelikten, bei denen Waffen zum Einsatz kommen. Auch wenn Chile im regionalen Vergleich niedrige Kriminalitätsraten hat, ist die Mordrate dem nationalen Staatsanwalt zufolge zwischen 2016 und 2020 um 66 Prozent gestiegen, während die allgemeine Zahl von Tötungsdelikten zwischen 2016 und 2021 um 40 Prozent gestiegen ist.

Tabelle 15

Ausgewählte völkerrechtliche Vereinbarungen

Abkommen	Status	Quelle
Völkermord-Konvention von 1951	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Genfer Konvention zum Schutz von Zivilist:innen in Kriegszeit von 1950	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Zusatzprotokolle zur Genfer Konvention von 1950 zum Schutz von Opfern in bewaffneten Konflikten von 1978	Beigetreten	SIPRI Jahrbuch
Internationaler Strafgerichtshof (Römisches Statut) von 2002	Beigetreten	http://treaties.un.org
Anti-Korruptions-Konvention von 2005	Beigetreten	http://treaties.un.org

UN-Berichterstattung

Chile erstattet regelmäßig Bericht gegenüber dem UN-Waffenregister über Exporte und Importe konventioneller Waffen. Lediglich für die Jahre 2017 bis 2019 übermittelte das Land keine Informationen, so dass hier nur die von Chiles Handelspartnern übermittelten Informationen zur Verfügung stehen.

Dürftiger ist die Auskunft Chiles über Im- und Exporte von Klein- und Leichtwaffen (small arms and light weapons, kurz: SALW). Hier hat Chile für die Jahre 2007 bis 2012, 2014 bis 2016 und 2021 bis 2022 berichtet. In den restlichen Jahren sind keine Informationen oder nur Informationen mittels der Auskünfte von Handelspartnern verfügbar. Im Rahmen des Meldeinstruments der UN zu Militärausgaben hat Chile seit 2001 dreizehnmal Bericht erstattet.

Hinsichtlich des Internationalen Waffenhandelsvertrages (ATT), dem Chile beigetreten ist, hat es in den letzten Jahren regelmäßig Berichte eingereicht. Chile hat außerdem im Rahmen des Programme of Action on small arms and light weapons in den Jahren 2005, 2006, 2008, 2014, 2018 und 2020 Reports zur Verfügung gestellt.

Unerlaubte Wiederausfuhr

Die Sicherstellung des Endverbleibs gelieferter Rüstungsgütern in Chile ist problematisch. Zum einen wurden in der Vergangenheit Waffen bewusst illegal wieder ausgeführt und dabei auch teilweise gegen UN-Embargos verstoßen, zum anderen werden immer wieder Kleinwaffen aus den Beständen der nationalen Polizei und Armee entwendet. Generell ist die Korruption innerhalb der Armee hoch. Deutschland hat daher in der Vergangenheit recht häufig (2006, 2007, 2011, 2012, 2015, 2018 und zuletzt 2020) Rüstungsexporte nach Chile mit Verweis auf Kriterium 7 des Gemeinsamen Standpunktes der Europäischen Union (Risiko der Abzweigung von Militärtechnologie oder Militärgütern im Käuferland oder der Wiederausfuhr von Militärgütern unter unerwünschten Bedingungen) abgelehnt.

Angaben der [Ammunition Management Activity Platform](#) (A-MAP) zufolge kommt es in Chile regelmäßig zum Diebstahl von bzw. zur Abzweigung von Kleinwaffen aus staatlichen Arsenalen. Die Ausmaße dabei sind besorgniserregend. So wurden nach Angaben von A-MAP zwischen 2010 und 2016 8.449 Waffen entwendet. Zum Vergleich: Zwischen 2009 und 2021 berichtet A-MAP z. B. in Mexiko von knapp 900 verschwundenen Kleinwaffen.

Diese hohe Anzahl an gestohlenen Kleinwaffen hängt eng mit einem generell hohen Grad an Korruption zusammen. So wurden im Jahr 2015 beispielsweise über 50 Mitglieder des chilenischen Militärs angeklagt, Gelder im Umfang von etwa 8 bis 11 Millionen US-Dollar für vermeintlich getätigte Beschaffungsvorhaben veruntreut zu haben. Dieser als Milicogate-Skandal bekanntgewordene Fall führte 2022 zum Rücktritt des Armeechefs General Ricardo Martínez Menanteau und 2019 zur Änderung der sog. Kupfergesetze, welche 10 Prozent der Exporterlöse aus Kupfergeschäften direkt an die Armee abführt, um Beschaffungsvorhaben umzusetzen.

Auch Fälle illegalen Waffenhandels in Verbindung mit Embargoverletzungen kamen in Chile in der Vergangenheit vor, diese liegen jedoch länger zurück. Im Jahr 2012 wurden die ehemaligen Generäle Hector Letelier und Vicente Rodriguez durch den Obersten Gerichtshof Chiles schuldig gesprochen, 1991 11 Tonnen Waffen und Munition als humanitäre Hilfe getarnt nach Kroatien verkauft zu haben. Kroatien stand damals – ob des Krieges im ehemaligen Jugoslawien – unter UN-Embargo. Neben sieben weiteren Personen soll auch der damalige Befehlshaber der Streitkräfte – General Pinochet – in den Deal involviert gewesen sein.

Wirtschaftliche und technische Kapazität des Landes

Box 11

Auszug aus dem Transformationsatlas 2024 der Bertelsmann Stiftung

In terms of economic transformation, Chile experienced significant recovery from the coronavirus crisis in 2021, but progress stalled in 2022. While Chile's overall economic performance remained commendable, it fell short of the expectations of many Chileans. This shift in public sentiment resulted in a notable preference for more "conservative" issues, including the economy, crime, and immigration. The 2021 recovery, marked by a GDP growth rate of 11.7%, was driven by a substantial increase in domestic

demand, boosted by government social welfare packages and pension fund withdrawals. However, external shocks and internal imbalances led to a harsh economic adjustment in 2022. Faced with a significant increase in inflation, the central bank responded vigorously, resulting in a decline in the growth rate to 2.7%, with GDP per capita growth reaching only 1.7% in 2022. Consumption weakened notably in the latter part of the year, accompanied by a 2.5% decline in real wages, contributing to growing economic and social tensions.

Quelle: <https://bti-project.org/en/reports/country-report/CHL>

Tabelle 16

Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP (in%)

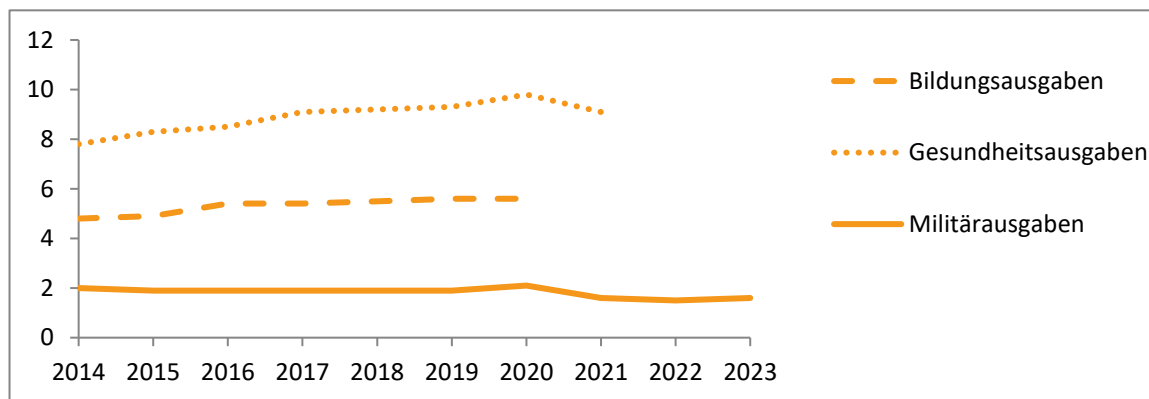
	2019	2020	2021	2022	2023
Militärausgaben (in Millionen US-Dollar)	5014	5547	5038	4649	4875
Militärausgaben/BIP	1,9	2,1	1,6	1,5	1,6
Gesundheitsausgaben/BIP	9,3	9,8	9,1	-	-
Bildungsausgaben/BIP	5,6	5,6	-	-	-

Angaben in konstanten Preisen mit 2022 als Basisjahr.

Quellen: SIPRI Military Expenditure Database, World Bank Data (World Development Indicators)

Schaubild 5

Entwicklung Anteile Militärausgaben, Gesundheitsausgaben und Bildungsausgaben am BIP/GDP in Prozent



Quellen: SIPRI Military Expenditure Database (Militärausgaben); World Bank Data (World Development Indicators)

Tabelle 17

Absolute Auslandsverschuldung/Anteil am BIP und Entwicklungshilfe

	2017	2018	2019	2020	2021
Auslandsverschuldung	-	-	-	-	-

	2017	2018	2019	2020	2021
Anteil am BIP (in Prozent)	-	-	-	-	-
Öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA)*	54,2	-	-	-	-
Net ODA (% of GNI)*	0,02	-	-	-	-
Deutsche ODA Zahlungen*	28,24	-	-	-	-

Angaben in aktuellen Preisen (Mio.) (Auslandsverschuldung); ODA in konstanten Mio. US\$ (2021); Net ODA (% of GNI) in aktuellen Preisen; Deutsche ODA Zahlungen in konstanten Mio. US\$ (2021).

Quelle: Weltbank, IMF, OECD*

Tabelle 18

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung

	2018	2019	2020	2021	2022
Militarisierungswert	125,1	123,9	126,4	119,1	117,4
Index-Platzierung	50	55	53	55	55

Tabelle 19

Globaler Militarisierungsindex – Wert und Platzierung der Nachbarstaaten

		2018	2019	2020	2021	2022
Peru	Militarisierungswert	100,4	100,2	101	95,4	95,6
	Index-Platzierung	72	79	79	85	82
Bolivien	Militarisierungswert	103	101,4	99,3	99,2	100,3
	Index-Platzierung	71	76	82	81	77
Argentinien	Militarisierungswert	65,7	64,3	64,7	57,7	54,7
	Index-Platzierung	121	123	122	131	132

Quelle: Globaler Militarisierungsindex (GMI) – Bonn International Centre for Conflict Studies (BICC)

Der Globale Militarisierungsindex (GMI) bildet das relative Gewicht und die Bedeutung des Militärapparats eines Staates im Verhältnis zur Gesellschaft als Ganzes ab. Daten basieren auf dem GMI 2023.

<https://gmi.bicc.de/ranking-table>

Tabelle 20

Militärausgaben der Nachbarstaaten absolut und am BIP in Prozent

		2019	2020	2021	2022	2023
Peru	Militärausgaben (absolut)	2762	2731	2891	2799	2750
	Militärausgaben/BIP	1,2	1,3	1,2	1,2	1,1
Bolivien	Militärausgaben (absolut)	616	524	546	429	627
	Militärausgaben/BIP	1,5	1,4	1,3	1,0	1,4
Argentinien	Militärausgaben (absolut)	4203	3919	3860	4338	2859
	Militärausgaben/BIP	0,70	0,73	0,63	0,69	0,47

Angaben in konstanten Mio. US\$ (2022).

Quelle: SIPRI Military Expenditure Database, <https://milex.sipri.org/sipri>

Tabelle 21

Human Development Index (HDI)

	2018	2019	2020	2021	2022
HDI-Wert	0,856	0,859	0,849	0,856	0,860

Quelle: [Specific country data | Human Development Reports \(undp.org\)](https://data.worldbank.org/indicator/SD.GD.DV.NY)

Der HDI ist ein Wohlstandsindikator und variiert zwischen 1 (beste Entwicklungsstufe) und 0 (geringe Entwicklung). Die Länder werden in vier Klassen eingeteilt: sehr hohe, hohe, mittlere und niedrige menschliche Entwicklung. Die Berechnung des HDIs basiert auf den Kategorien Gesundheit (Lebenserwartung), Bildung und dem Bruttonationaleinkommen.

Kommentar**Zusammenfassung:**

Der Weltbank zufolge gehört Chile mit einem Pro-Kopf Nationaleinkommen von 15.360 US-Dollar (2022) zu den Ländern mit einem hohen Einkommen („high income economies“). Auf dem Global Competitiveness Index 2019 belegte Chile Rang 33 von 141 Staaten. Chile weist konstante Human Development Index-Werte auf, die dem Land eine „sehr hohe menschliche Entwicklung“ attestieren. Aktuell stellen die Militärausgaben kein großes Risiko zur Beeinträchtigung der Entwicklung des Landes dar.

Wirtschaftliche Leistungsfähigkeit

Mit einem Nationaleinkommen von 15.360 US-Dollar (2022) pro Kopf gehört Chile nach Klassifikation der Weltbank zu den Ländern mit einem hohen Einkommen („high income economies“). Chile ist damit das Land mit den höchsten Einkommen in Lateinamerika. Nähere Informationen zum Grad der Auslandsverschuldung des Landes liegen nicht vor. Auf dem Global Competitiveness Index 2019 erreichte Chile 70,5 von 100 möglichen Punkten, womit es Rang 33 von 141 belegte. Auf demselben Ranking lag Deutschland 2019 auf Platz 7.

Generell ist die chilenische Wirtschaft vergleichsweise robust aufgestellt. Etwa ein Drittel des BIP werden über Exporte erzielt; dies entspricht in etwa der Exportquote von Deutschland und macht die chilenische Wirtschaft zu einer Exportwirtschaft. Exportiert werden vor allem Rohstoffe wie Erze (27 Prozent der Gesamtausfuhren) und Kupfer (22 Prozent der Gesamtausfuhren). Chile verfügt über die größten bekannten Kupfervorkommen der Welt und ist der weltgrößte Kupferexporteur. Abnehmer sind neben China vor allem die USA. Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei machen in Chile lediglich 3,5 Prozent des BIP aus. Die Wirtschaftskrisen der letzten beiden Dekaden – die Weltwirtschaftskrise 2007/2008 und die Krise im Zuge der COVID-19-Pandemie (2020) – hat das Land wirtschaftlich relativ unbeschadet überstanden. Zwar schrumpfte das chilenische BIP 2009 um 1,1 und 2020 um 6,1 Prozent, verzeichnete aber schon im Folgejahr wieder ein Wachstum. So hält auch der Internationale Währungsfonds in seinem Protokoll zu den letzten Konsultationen mit Vertreter:innen des Landes (2022) fest, dass sich die chilenische Wirtschaft dank der außergewöhnlich starken politischen Unterstützung rasch von der Pandemie erholte. Angesichts des gestiegenen privaten Verbrauchs und nicht zuletzt wegen des russischen Krieges gegen die Ukraine steigt jedoch die Inflation im Land. Für 2024 werden durch die Rating Agentur Fitch solide Wachstumszahlen erwartet.

Soziale Entwicklung

In den letzten fünf Jahren wies Chile konstante HDI-Werte (Human Development Index) zwischen 0,85 und 0,86 auf, was einer „sehr hohen menschlichen Entwicklung“ entspricht (Rang 42 in 2021). Im Vergleich zu seinen Nachbarländern schneidet Chile hier gut ab (Argentinien 0,84; Peru 0,76; Bolivien 0,69). Dem Gender Development Index (GDI) zufolge gehört Chile mit einem Wert von 0,967 zur Gruppe der Länder mit „mittlerer bis hoher“ Gleichheit zwischen den Geschlechtern in den Ergebnissen des HDI. Es bestehen ihm zufolge also keine gravierenden Unterschiede in Bezug auf Lebenserwartung, Schulbildung und Einkommen zwischen den Geschlechtern. Entsprechend des hohen Entwicklungsstandes gehört das Land auch nicht der Kategorie der sog. Least Developed Countries (LDC) an. Das Land empfing in den letzten Jahren Entwicklungshilfen, jedoch in sehr geringem Umfang. Zwischen 2008 und 2017 lagen diese im Schnitt bei 130 Mio. US-Dollar, sie sanken zuletzt (2017) auf 70 Mio. US-Dollar ab. Am Bruttonationaleinkommen macht die empfangene Entwicklungshilfe nur etwa 0,1 Prozent aus und ist damit marginal.

Im Jahr 2020 lebten 0,7 Prozent der chilenischen Bevölkerung unter der extremen Armutsgrenze von 2,15 US-Dollar am Tag; ein geringer Wert (im selben Jahr verzeichnete z. B. die USA einen Wert von 0,2 und das Nachbarland Argentinien einen Wert von 1,1). Besorgniserregend ist allerdings, dass dieser Wert in den letzten Jahren anstieg. Er lag noch 2017 bei einem sehr guten Wert von 0,3. Die 2020 deutlich angestiegene Arbeitslosigkeit (11,1 Prozent) sank im Jahr 2021 wieder (9,4 Prozent) und 2022 noch einmal auf 7,8 Prozent. Sie ist für Männer und Frauen annähernd gleich. Jugendliche (15-24 Jahre) sind in Chile jedoch weit mehr von Arbeitslosigkeit betroffen. Nahezu jede:r vierte Jugendliche:r war 2020 im Zuge der Pandemie ohne Arbeit. Die Situation erholte sich 2021 jedoch wieder etwas (20,6 Prozent) und lag 2022 bei 18,4 Prozent. Problematisch stellt sich aber die generell hohe Ungleichheit im Land dar. Zwar ging der Gini-Koeffizient über die letzten dreißig Jahre deutlich zurück (von 57 in 1990 auf 44,9 in 2020), wies aber die letzten Jahre wieder einen Aufwärtstrend auf. Dementsprechend vermerkt der [Sustainable Development Report](#), dass Chile hinsichtlich der Erreichung von Sustainable Development Goal (SDG) 10 („reduced inequalities“) vor erheblichen Herausforderungen steht und sich der Score sogar noch verschlechtert.

Trotz relativ hoher Gesundheitsausgaben – 2021 waren es 9,1 Prozent/BIP – ist die medizinische Versorgung in Chile unterdurchschnittlich. So stehen durchschnittlich pro 1.000

Einwohner:innen lediglich 2,1 Krankenhausbetten zur Verfügung (weltweiter Mittelwert: 2,9 Betten). Auch die Zahl der ausgebildeten Ärzt:innen (1,08 pro 1.000 Einwohner:innen) liegt unter dem weltweiten Durchschnitt (1,5 pro 1.000 Einwohner:innen). Hinzukommt eine starke Diskrepanz zwischen den Leistungen der öffentlichen und privaten Krankenversicherung, die besonders während der COVID-19-Pandemie zu Tage trat. Diese überforderte das Gesundheitswesen des Staates und forderte rund 50.000 Todesopfer. Dementsprechend sank die Lebenserwartung von 78 (2019) vor der Pandemie auf 77 Jahre (2020). Im Bereich der Mütter- bzw. Kindersterblichkeit liegt Chile (13/100.000 bzw. 7/1.000 Geburten) jedoch unter dem weltweiten Durchschnitt (211/100.000 bzw. 38/1.000). Die Spaltung der Gesellschaft zwischen Arm und Reich macht sich auch im Bildungssystem Chiles bemerkbar. Nach der Ära Pinochets wurde der Großteil des Bildungssystems privatisiert. Dementsprechend zog sich der Staat massiv aus der Finanzierung des Bildungssystems zurück. Mit 5,6 Prozent des BIP (2020) sind die Bildungsausgaben für ein High Income Country nicht besonders hoch. Nach Angaben der OECD werden insbesondere im Tertiärbereich 60 Prozent der Investitionen privat finanziert; der OECD-Durchschnitt liegt mit lediglich 30 Prozent nur halb so hoch. Entsprechend sind bspw. die Kosten eines Bachelor-Studiums so hoch wie in kaum einem anderen OECD Land. In der Vergangenheit gab es daher diverse Studierendenproteste, die den Erlass von Studienkrediten forderten. Chile ist im Vergleich zu seinen Nachbarländern bereits recht hoch militarisiert. Das Land belegte auf dem Ranking des Globalen Militarisierungsindex (GMI) 2023 Platz 55 (Peru Rang 82, Bolivien Rang 77, Argentinien Rang 132), was einer „starken“ Militarisierung entspricht; mit 1,8 Prozent des BIP gibt das Land jedoch nicht übermäßig viel für sein Militär aus.

Die Wirtschaft des Landes hat sich in den letzten Krisen als robust erweisen und liefert die Basis für eine recht hohe menschliche Entwicklung des Landes. Sollten die Exportpreise für Erze und Kupfer nicht einbrechen, stellen die aktuellen Militärausgaben kein großes Risiko zur Beeinträchtigung der Entwicklung des Landes dar. Größere Importaufträge sollten eher ob der Spaltung der Gesellschaft und der Stellung des Militärs in der Gesellschaft vermieden werden.

IMPRESSUM

HERAUSGEBER

bicc – Bonn International Centre for Conflict Studies gGmbH
Pfarrer-Byns-Straße 1
53121 Bonn, Germany

www.bicc.de

KONTAKT

Head of Advice & Science Transfer
elvan.isikozlu@bicc.de
+49 (0) 228 911 96-54

REDAKTION	Dr. Markus Bayer
LAYOUT	bicc
GRAFIK	Nele Kerndt

ERSCHEINUNGSDATUM Juli 2024

Dieser *bicc common position brief* wurde erstellt im Rahmen des Projekts „Sicherheit, Rüstung und Entwicklung in Empfängerländern deutscher Rüstungsexporte“. Das Projekt wird vom Bundesministerium für Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) gefördert.



Sofern nicht anders angegeben, ist dieses Werk lizenziert unter:
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/>



Bundesministerium für
wirtschaftliche Zusammenarbeit
und Entwicklung

